

Erster Überblick	194
Kennzahlen im Zeitvergleich	
Kennzahlen nach Ländern	
Methodische Erläuterungen	195
Definitionen	197
Tabellen	
Sozialbudget	201
Leistungen und Finanzierung	
Gesetzliche Versicherungen	203
Kranken-, Unfall-, Renten-, Zusatzversicherungen, Alterssicherung der Landwirte, Pflegeversicherung, Arbeitsförderung	
Kinder- und Elterngeld	215
Berechtigte und Leistungen	
Kriegsopfer	216
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	
Sozialhilfe	217
Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII, Ausgaben und Einnahmen	
Asylbewerberleistungen	219
Empfänger/-innen, Ausgaben und Einnahmen	
Kinder- und Jugendhilfe	220
Hilfe zur Erziehung gemäß § 27 SGB VIII, Erziehungsberatung, soziale Gruppenarbeit, Einzelbetreuung, sozialpädagogische Familienhilfe, teil-/stationäre Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung gemäß § 35a SGB VIII, Adoptionen, vorläufige Schutzmaßnahmen, Ausgaben und Einnahmen, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen, Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege	
Schwerbehinderte Menschen	231
Nach Art und Ursache der schwersten Behinderung sowie Grad der Behinderung, nach Altersgruppen und Geschlecht	
Wohngeld	232
Empfängerhaushalte, Ausgaben	
Lastenausgleich	233
Zuerkennung und Erfüllung der Hauptentschädigung, Empfänger/-innen	
Publikationen und Auskünfte	234

8 Soziale Leistungen Kennzahlen im Zeitvergleich

Gegenstand der Nachweisung	1)	Einheit	1995	2000	2005	2006	2007	2008	Seite
Ausgaben									
Gesetzliche Krankenversicherung ²⁾	JS	Mill. EUR	124 006	133 823	143 809	147 973	153 876	...	203
Gesetzliche Unfallversicherung	JS	Mill. EUR	12 992	13 384	14 390	13 995	13 826	...	205
Allgemeine Rentenversicherung	JS	Mill. EUR	189 977	217 596	240 480	233 101	234 907	...	210
Knappschaftliche Rentenversicherung	JS	Mill. EUR	13 559	14 390	14 786	14 631	14 590	...	210
Soziale Pflegeversicherung ³⁾	JS	Mill. EUR	5 295	16 718	17 891	18 065	18 388	19 163	214
Arbeitslosengeld und -hilfe ⁴⁾	JS	Mill. EUR	35 130	36 772	27 019	22 899	16 934	13 864	214
Kindergeld	JS	Mill. EUR	8 685	25 627	29 325	29 787	29 262	28 886	215
Sozialhilfe ⁶⁾	JS	Mill. EUR	26 669	23 319	19 949	20 483	21 128	...	218
Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ⁶⁾	JS	Mill. EUR	2 800	1 945	1 252	1 165	1 032	...	219
Kriegsopferfürsorge ⁶⁾	JS	Mill. EUR	1 354	630	-	531	-	...	216
Kinder- und Jugendhilfe	JS	Mill. EUR	17 020	18 465	20 865	20 924	22 798	...	226
Wohngeld	JS	Mill. EUR	2 938	3 541	1 235	1 162	924	...	232
Kriegsopferversorgung									
Anerkannte Versorgungsberechtigte	1.1.	1 000	1 179	890	575	520	470	422	216

1) JS = Jahressumme.

2) Ohne Risikostrukturausgleich.

3) Ohne private Pflegeversicherung.

4) Ab 1998 einschl. Erstattungen an ausländische Versicherte.

5) Ab 2005 Wegfall der Arbeitslosenhilfe.

6) Nähere Informationen siehe »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

Kennzahlen nach Ländern

Land	Gesetzliche Krankenversicherung	Kriegsopferversorgung	Sozialhilfe	Leistungen an Asylbewerber/-bewerberinnen	Kriegsopferfürsorge	Kinder- und Jugendhilfe	Wohngeld	
	Mitglieder (einschl. Rentner/Rentnerinnen)	anerkannte Versorgungsberechtigte	Ausgaben ¹⁾		Ausgaben ¹⁾	Ausgaben ²⁾	Empfängerhaushalte ³⁾	Ausgaben
	1.7.2008	1.1.2009	2007		2006	2007	31.12.2007	2007
	1 000		Mill. EUR				1 000	Mill. EUR
Deutschland	50 950⁴⁾	378	21 128	1 032	531	22 798	606	924
Baden-Württemberg	6 323	51	2 121	74	51	2 701	59	110
Bayern	7 518	61	2 933	90	76	2 725	55	96
Berlin	2 087	12	1 291	75	22	1 311	25	38
Brandenburg	1 796	10	474	20	3	792	26	36
Bremen	413	5	278	27	5	226	6	7
Hamburg	1 049	7	686	48	13	610	13	17
Hessen	3 605	30	1 792	79	56	2 033	30	58
Mecklenburg-Vorpommern	1 207	7	364	20	2	510	29	29
Niedersachsen	4 808	38	2 283	129	40	2 002	59	91
Nordrhein-Westfalen	10 660	75	5 208	304	195	5 120	134	203
Rheinland-Pfalz	2 405	21	1 032	35	27	1 111	24	41
Saarland	621	5	283	10	6	300	5	8
Sachsen	3 070	22	595	38	8	1 254	66	101
Sachsen-Anhalt	1 780	11	504	31	5	644	20	21
Schleswig-Holstein	1 723	13	862	31	15	679	27	38
Thüringen	1 667	11	421	22	6	557	27	32

1) Nähere Informationen siehe »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

2) Einschl. Ausgaben der obersten Bundesbehörden.

3) Einschl. Mischhaushalte.

4) Einschl. Mitgliedern mit Wohnsitz im Ausland.

Im Kapitel Sozialeleistungen werden – neben den als Bundesstatistiken durchgeführten Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – auch Statistiken anderer Stellen, wie z. B. Ministerien, verwendet. Dies geschieht, um einen möglichst umfassenden Überblick über die Sozialeleistungen in Deutschland zu geben. Die Quellen der Statistiken Dritter sind dabei der jeweiligen Ergebnistabelle zu entnehmen.

Im Folgenden werden die Methodiken der von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführten Erhebungen ausführlicher dargestellt. Generell ist festzustellen, dass diese Bundesstatistiken – bis auf jeweils eine Ausnahme im Bereich der Pflegestatistik und der Elterngeldstatistik – als dezentrale Statistiken durchgeführt werden, d. h. das Statistische Bundesamt entwickelt das Erhebungs- und Aufbereitungskonzept und bereitet Organisation sowie EDV-Technik vor. Die Statistischen Ämter der Länder führen die Erhebungen durch und bereiten die Daten zu Ergebnissen bis auf Landesebene auf. Aus den Länderergebnissen werden im Statistischen Bundesamt die Bundesergebnisse zusammengestellt und veröffentlicht. Die Bundesstatistiken unterliegen umfangreichen Plausibilitätsprüfungen und einer durchgehenden Qualitätskontrolle durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Insofern sind die Ergebnisse dieser Erhebungen grundsätzlich von hoher Aussagekraft und Qualität.

Kinder- und Jugendhilfestatistiken

Seit 1991 werden zur Beurteilung der Auswirkungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes als Achtem Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) sowie zu seiner Fortentwicklung im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen liefern als Totalerhebungen u. a. Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfänger und -empfängerinnen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB VIII verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Bei allen Erhebungen besteht gemäß § 102 SGB VIII eine nach Erhebungen differenzierte Auskunftspflicht für die Träger der öffentlichen und der freien Jugendhilfe.

Die Bundesergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken liegen i. d. R. zwischen sieben bis elf Monaten nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vor. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Im Einzelnen werden im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken folgende Erhebungen durchgeführt, die sich jeweils durch Erhebungsfragen, Berichtszeiträume bzw. Stichtage unterscheiden:

- Teil I: Statistiken der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige und anderen Leistungen des Jugendamtes nach den §§ 27 – 35a, 41 – 42 SGB VIII (n. F.), Erhebung von während des Jahres begonnenen und beendeten Hilfen und Bestandserhebung zum 31.12., jährlich
- Teil II: Statistik der mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit, alle vier Jahre, zuletzt 2008
- Teil III.1: Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe – Tageseinrichtungen für Kinder, bis 2002 alle vier Jahre, ab 2006: Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen, jährlich
- Teil III.2: Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung), alle 4 Jahre, zuletzt 2006
- Teil III.3: Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege, neu ab 2006, jährlich
- Teil III.4: Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege, neu ab 2006 bis 2008, jährlich
- Teil III.5: Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder, neu ab 2009
- Teil IV: Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr

Die Erhebungsinhalte der vier Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind so aufeinander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen über einzelne Themenfelder, wie z. B. über Anzahl der Heimunterbringungen, die Zahl der Einrichtungen für Heimerziehung und das dort tätige Personal sowie die Ausgaben für Heimerziehung, möglich sind.

Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Pflegestatistik

Ziel der Statistik ist es, Daten zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung zu gewinnen. Dies geschieht, um Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung und in der Nachfrage nach pflegerischen Angeboten rechtzeitig erkennen und angemessen reagieren zu können. Die Angaben werden ferner für die weitere Planung und Fortentwicklung des Pflegeversicherungsgesetzes benötigt.

Die Pflegestatistik wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder seit Dezember 1999 zweijährlich durchgeführt. Die Rechtsgrundlage für die Statistik bildet § 109 Abs. 1 SGB XI in Verbindung mit der Pflegestatistikverordnung.

Die Statistik setzt sich aus zwei Erhebungen zusammen: Zum einen werden die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen von den Statistischen Landesämtern befragt, zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfänger von Pflegegeldleistungen – also die meist von Angehörigen gepflegten Leistungsempfänger und -empfängerinnen. Diese Datenmeldung erfolgt per Datenträger oder Online-Datenmeldung an das Statistische Bundesamt.

Der Erhebungsstichtag für die Erhebung bei den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist der 15.12., für die Pflegegeldempfänger und -empfängerinnen – organisatorisch bedingt davon abweichend – der 31.12. Die Veröffentlichung des Deutschlandergebnisses der Erhebung zum Jahresende 2007 erfolgte im Dezember 2008.

Anhand der Statistiken über die Pflegeeinrichtungen kann, zusammen mit den Daten der Statistik über die Pflegegeldempfänger und -empfängerinnen, die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen ermittelt werden. Die so ermittelte Anzahl liegt um knapp 4 % über der Zahl der Pflegebedürftigen, die im Rahmen der sozialen und privaten Pflegeversicherung festgestellt wird. Eine ausführlichere Darstellung von Unterschieden in der Methodik und möglichen Ursachen für die Abweichungen ist dem »Bericht: Pflegestatistik 2007 – Deutschlandergebnisse« zu entnehmen. Berichte zur Pflegestatistik finden Sie als kostenlosen Download im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter dem Suchwort »Pflegestatistik«.

Die Daten zum Personal in den Pflegeeinrichtungen werden als Basis für die Gesundheitspersonalrechnung des Statistischen Bundesamtes verwendet. Die Ergebnisse der Pflegestatistik werden auch für Schätzungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

Statistik der schwerbehinderten Menschen

Zweck der Erhebung ist es, Grundsatzinformationen für die sozialpolitischen Planungen bereitzustellen sowie Beurteilungsgrundlagen für die Durchführung von Maßnahmen und die Gewährung von Leistungen zugunsten des betroffenen Personenkreises zu liefern.

Es handelt sich um eine Vollerhebung, die alle zwei Jahre durchzuführen ist. Erhebungsstichtag ist der 31.12. Die Rechtsgrundlage ist § 131 des SGB IX.

Die Datenlieferung von den Versorgungsämtern an die Statistischen Landesämter erfolgt ausschließlich auf maschinellen Datenträgern, da bei dieser Statistik auf bereits vorhandene Datensätze bzw. Register der Ämter zurückgegriffen werden kann.

Die Veröffentlichung des Deutschlandergebnisses der Erhebung zum Jahresende 2007 erfolgte im Juli 2008.

Im Rahmen der Statistik über die schwerbehinderten Menschen finden inhaltliche und formale Prüfungen insbesondere in den Statistischen Landesämtern statt. Da bestehende Datenbestände bzw. Register der Versorgungsämter genutzt werden, ist die Qualität allerdings auch von den internen Prüfungen der Versorgungsämter abhängig. In den Versorgungsämtern sind vor allem regelmäßige Abgleiche der Datenbestände mit den aktuellen Einwohnerregistern erforderlich. Anhand der Registerabgleiche ist erkennbar, ob der gemeldete Schwerbehinderte aus dem Bereich des Versorgungsamtes weggezogen oder verstorben ist. Informationen über den schwerbehinderten Menschen erhalten die Versorgungsämter ansonsten i. d. R. nur alle fünf Jahre, wenn ein neuer Schwerbehindertenausweis beantragt wird. In einigen Fällen führen Versorgungsämter auch jährliche Anschreibungsaktionen zur Aktualisierung des Bestandes durch.

Die statistischen Ämter kontaktieren die Versorgungsämter regelmäßig vor den Erhebungen, um an die Aktualisierung der Register zu erinnern. In einigen Ländern waren im Zuge der verbesserten Möglichkeiten für Registerabgleiche in den letzten Jahren deutliche Rückgänge bei der Zahl der schwerbehinderten Menschen zu beobachten. Als Beispiele sind hier zu nennen: Baden-Württemberg (Rückgang von 6 % bzw. 43 000 Personen von 2001 im Vergleich zu 1999), Niedersachsen (Rückgang von 10 % bzw. 68 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001), Nordrhein-Westfalen (Rückgang von 5 % bzw. 90 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001), Hessen (Rückgang von 6 % bzw. 34 000 Personen von 2005 im Vergleich zu 2003).

Kriegsopferfürsorgestatistik

Zweck der Kriegsopferfürsorgestatistik ist es, Feststellungen über den Umfang der Leistungen der Kriegsopferfürsorge sowie über den Personenkreis der Leistungsempfänger/-innen zu treffen. Bund und Länder benötigen für Planung, Weiterentwicklung und Ausgestaltung des Kriegsopferfürsorgerechts zuverlässige statistische Angaben.

Es handelt sich um eine zweijährliche Vollerhebung. Die **Rechtsgrundlage** bildet das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge.

Die Daten werden von den Statistischen Landesämtern bei den örtlichen und überörtlichen Trägern der Kriegsopferfürsorge erhoben. Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2006 lagen im Oktober 2007 vor. Die Ergebnisse der Statistik werden auch für Schätzungen im Rahmen der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

Sozialhilfestatistik

Zur **Beurteilung** der Auswirkungen des **Zwölften Buches Sozialgesetzbuch** (SGB XII »Sozialhilfe«) sowie zu seiner Fortentwicklung werden im Rahmen der amtlichen Sozialhilfestatistik verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen, die alle als Vollerhebungen durchgeführt werden, liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Sozialhilfeempfänger/-innen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB XII verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlagen der Sozialhilfestatistiken sind die §§ 121–129 des SGB XII. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 125 SGB XII eine Auskunftspflicht durch die örtlichen Träger (Sozialämter der kreisfreien Städte bzw. Landkreise) oder die überörtlichen Träger (Länder selbst oder höhere Kommunalbehörden, wie z. B. Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände oder Bezirke) der Sozialhilfe.

Die Bundesergebnisse der Sozialhilfestatistiken werden i. d. R. rund neun bis zwölf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vom Statistischen Bundesamt **veröffentlicht**. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Das mit Inkrafttreten des SGB XII zum 1.1.2005 grundlegend reformierte Berichtssystem der Sozialhilfestatistik gliedert sich seitdem in die folgenden Teilerhebungen, die sich jeweils durch unterschiedliche Erhebungsverfahren, Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzzeitempfänger/-innen) nach dem 3. Kapitel SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12. sowie Meldung der Zu- und Abgänge
- Statistik der Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt mit kurzzeitiger Hilfegewährung, vierteljährliche Bestandserhebung zum Quartalsende
- Statistik der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.
- Statistik der Empfänger/-innen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII (u. a. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfen zur Gesundheit; bis Ende 2004 wurden diese Leistungen als »Hilfen in besonderen Lebenslagen« bezeichnet), jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr

Asylbewerberleistungsstatistik

Zur **Beurteilung** der Auswirkungen des **Asylbewerberleistungsgesetzes** (AsylbLG) sowie zu seiner Fortentwicklung werden im Rahmen der amtlichen Asylbewerberleistungsstatistik verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen, die als Vollerhebungen durchgeführt werden, liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Empfänger/-innen von Asylbewerberleistungen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem AsylbLG verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlage der Asylbewerberleistungsstatistik bildet § 12 AsylbLG. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 12 Abs. 5 AsylbLG eine Auskunftspflicht durch die für die Durchführung des AsylbLG zuständigen Stellen.

Die Bundesergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistiken werden i. d. R. rund neun bis zwölf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vom Statistischen Bundesamt **veröffentlicht**. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Im Einzelnen werden im Rahmen der amtlichen Asylbewerberleistungsstatistik **folgende Erhebungen** durchgeführt, die sich jeweils durch unterschiedliche Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfänger/-innen von Asylbewerberleistungen, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.

- Statistik der Empfänger/-innen von besonderen Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr

Wohngeldstatistik

Zur **Beurteilung** der Auswirkungen des **Wohngeldgesetzes** (WoGG) sowie zu seiner Fortentwicklung werden im Rahmen der amtlichen Wohngeldstatistik Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen, die als Vollerhebungen durchgeführt werden, liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Wohngeldempfänger/-innen sowie über die mit den Wohngeldleistungen verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlage der Wohngeldstatistiken sind die §§ 34–36 WoGG. Für die Erhebungen besteht gemäß § 34 Abs. 2 WoGG eine Auskunftspflicht durch die für die Leistung von Wohngeld zuständigen Stellen.

Die Bundesergebnisse der Wohngeldstatistiken werden i. d. R. rund neun bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vom Statistischen Bundesamt **veröffentlicht**. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Im Einzelnen wurden im Rahmen der amtlichen Wohngeldstatistik (bis einschließlich dem Berichtsjahr 2004) **folgende Erhebungen** durchgeführt, die sich jeweils durch unterschiedliche Erhebungsverfahren, Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Allgemeines Wohngeld, jährliche Erhebung der Empfänger/-innen zum 31.12.
- Allgemeines Wohngeld, vierteljährlich für das abgelaufene Quartal
- Besonderer Mietzuschuss, jährliche Erhebung der Empfänger/-innen zum 31.12.
- Besonderer Mietzuschuss, vierteljährlich für das abgelaufene Quartal.

Infolge des zum 1.1.2005 in Kraft getretenen »Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (»Hartz IV«) haben sich auch für das Wohngeldrecht bzw. die Wohngeldstatistik erhebliche Veränderungen ergeben. Diese hatten auch den Wegfall des besonderen Mietzuschusses zur Folge, so dass Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge seit dem 1.1.2005 nicht mehr zu den Wohngeldempfängern zählen und dementsprechend die Erhebungen zum besonderen Mietzuschuss seitdem entfallen (Einzelheiten zu den rechtlichen Änderungen seit 2005 können Sie den Ausführungen zum Stichwort »Wohngeld« im Abschnitt »Definitionen« entnehmen).

Abgrenzung Sozialbudget/Sozialeleistungen

Zur Vermittlung eines Gesamtüberblicks werden im Tabellenteil zunächst die Sozialleistungen der staatlichen Einrichtungen, der öffentlichen Körperschaften und der Arbeitgeber in der Abgrenzung des **Sozialbudgets** der Bundesregierung nach Institutionen, Leistungs- und Finanzierungsarten dargestellt (Tabelle 8.1). In den folgenden Tabellen 8.2 bis 8.19 werden aus verschiedenen Erhebungen und Geschäftstatistiken Angaben über einzelne **Sozialleistungen** in tieferer Detaillierung gebracht. Weil die Zahlen des Sozialbudgets z. T. definitorisch anders abgegrenzt bzw. bereinigt sind (s. u.), besteht keine volle Vergleichbarkeit mit den Angaben aus den Statistiken der Sozialleistungen (insbesondere mit den Rechnungsabschlüssen der in den Tabellen 8.2 bis 8.19 aufgeführten Sozialleistungsträger) bzw. mit den Ergebnissen der Finanzstatistik im Kapitel 23 des Statistischen Jahrbuchs.

Im Abschnitt »Definitionen« werden Erläuterungen zur Abgrenzung der einzelnen Sozialleistungen bzw. Institutionen des Sozialbudgets gegeben. Damit die einzelnen Bereiche untereinander und mit den umfassenderen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vergleichbar sind, mussten sie für die Darstellung im Sozialbudget bereinigt werden. So werden z. B. die Sozialleistungen insgesamt um die Selbstbeteiligung der Leistungsempfänger/-innen und um die Beiträge des Staates zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Empfänger/-innen sozialer Leistungen bereinigt. Die Beiträge des Staates sind allerdings nach wie vor in den Leistungen der einzelnen Institutionen enthalten und dort als Barerstattung ausgewiesen. Weiter wird die Krankenversicherung um die Mutterschutzleistungen des Bundes ergänzt, die Sozialhilfe um die zusätzlichen Leistungen der Länder und Gemeinden sowie ab 1994 um die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Jugendhilfe um Leistungen nach dem Bundesjugendplan und nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Darlehen finden im Sozialbudget keinen Niederschlag.

Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten die Veröffentlichungen der Fachserie 13 »Sozialeleistungen« (siehe hierzu auch »Publikationen und Auskünfte« am Ende dieses Kapitels). Zusätzliche Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken können Sie über unsere Internetadresse www.destatis.de unter »Publikationen« kostenlos anhand der thematisch geordneten »Qualitätsberichte« abrufen.

Definitionen zum Sozialbudget

Die folgenden Definitionen, auch soweit sie die Rechtslage betreffen, beziehen sich auf den Zeitraum bis 2008.

Alterssicherung der Landwirte: Die Alterssicherung der Landwirte (AdL) soll den landwirtschaftlichen Unternehmern, ihren Familienangehörigen und Hinterbliebenen eine Teilsicherung im Alter und bei verminderter Erwerbsfähigkeit gewährleisten. Zu diesem Zweck werden von den landwirtschaftlichen Alterskassen als Träger der landwirtschaftlichen Alterssicherung insbesondere Altersrenten, Renten wegen Erwerbsminderung, Landabgaberenten sowie Witwen-, Witwer- und Waisenrenten gewährt. Die AdL erbringt als Leistungen zur Teilhabe medizinische und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation. Für die persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen gelten grundsätzlich die Regelungen der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechend. Bei Erbringen einer Leistung zur Rehabilitation, bei Arbeitsunfähigkeit und Schwangerschaft kann zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Unternehmens Betriebs- und Haushaltshilfe gewährt werden.

Beitragspflichtig zur Alterssicherung ist jeder landwirtschaftliche Unternehmer und ab 1995 auch sein Ehegatte. Für mitarbeitende Familienangehörige zahlt der Unternehmer einen Beitrag in Höhe der Hälfte des Unternehmerbeitrags. Befreiung ist möglich, z. B. bei regelmäßigem außerlandwirtschaftlichem Einkommen von mehr als 4 800 Euro jährlich.

Arbeitslosenversicherung: Leistungen der Arbeitslosenversicherung können je nach Art der Leistung von unterschiedlichen Personengruppen in Anspruch genommen werden. Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Ausbildungsvermittlung sind für alle Personengruppen zugänglich, Anspruch auf Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) haben vor allem alle beitragspflichtigen Arbeitnehmer.

Ausbildungsförderung: Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) mit dem Ziel, Kindern aus wirtschaftlich und sozial schlechter gestellten Familien eine ihrer Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung zu ermöglichen. Durch das 22. BAföG-Änderungsgesetz traten zum Wintersemester 2008/2009 erhebliche Leistungsverbesserungen in Kraft.

Auf den Bedarf – Vorbedingung ist, dass keine anderen Mittel für Ausbildung und Unterhalt zur Verfügung stehen – sind Einkommen und Vermögen des Auszubildenden, der Eltern und des Ehegatten anzurechnen (familienabhängige Förderung). Weiterhin sind in der Institution »Ausbildungsförderung« auch die Leistungen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) enthalten. Hierdurch wird die berufliche Fortbildung zur Meisterin bzw. zum Meister, zur Technikerin bzw. zum Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen gefördert.

Beihilfen: Hierunter fallen Leistungen des Staates in seiner Funktion als Arbeitgeber nach den Beamtengesetzen als Beihilfen zu den Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen sowie bei Dienstunfällen.

Betriebliche Altersversorgung: Die betriebliche Altersvorsorge ist klassischerweise eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers. Seit dem 1.1.2002 haben Beschäftigte jedoch grundsätzlich das Recht, Teile ihres Lohnes oder Gehaltes in eine wertgleiche Zusage auf eine betriebliche Altersversorgung umzuwandeln (Entgeltumwandlung). Leistungen der betrieblichen Altersversorgung können vom Arbeitgeber direkt über eine Direktzusage bzw. eine Unterstützungskasse erfolgen oder über externe Versorgungsträger (Direktversicherung, Pensionskasse oder Pensionsfonds) erbracht werden. Die Förderung erfolgt in unterschiedlicher Art und Weise: über die Steuer- und Beitragsfreiheit der Aufwendungen und – in den externen Durchführungswegen – über Zulagen und zusätzlichen Sonderausgabenabzug (Riester-Förderung).

Erziehungsgeld/Elterngeld: Seit dem 1.1.2007 wird nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz Elterngeld gewährt. Es löst das bisherige Bundeserziehungsgeld ab und gilt für alle Kinder, die ab dem 1.1.2007 geboren wurden bzw. ab diesem Zeitpunkt mit dem Ziel der Adoption aufgenommen wurden. Alle im Jahr 2006 geborenen Kinder fallen auch im Jahr 2007 und ggf. 2008 unter die Regelungen des Bundeserziehungsgeldgesetzes. Das Elterngeld dient zum Ausgleich wegfallenden Erwerbseinkommens für das Elternteil, welches das Kind betreut. Es beträgt 67 % des bereinigten Nettoeinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens jedoch 1 800 Euro. Das Elterngeld beträgt auch für nicht erwerbstätige Elternteile mindestens 300 Euro monatlich. Bei Mehrlingsgeburten oder älteren Geschwisterkindern kann sich der zustehende Elterngeldanspruch erhöhen. Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes in Anspruch genommen werden. Ein Elternteil kann höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen (Ausnahme: Allein Erziehende). Die Eltern haben Anspruch auf zwei weitere

Monate (Partnermonate), wenn bei dem Partner für zwei Monate eine Minderung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erfolgt. Auf Antrag kann der Auszahlungszeitraum für das Elterngeld auf die doppelte Anzahl der Auszahlungsmo-nate verlängert werden. Dies führt zu einer Halbierung des pro Lebensmonat zustehenden Betrages.

Entgeltfortzahlung: Leistungen der öffentlichen und privaten Arbeitgeber aufgrund rechtlicher Verpflichtungen im Falle der Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, bei Mutterschaft und Heilverfahren. Erfasst werden hier im Sozialbudget auch die freiwilligen Leistungen der Arbeitgeber sowie ihr Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz.

Familienzuschläge: Erhöhungen des Ortszuschlags für Ehegatten und Kinder, die den aktiven oder ehemaligen Bediensteten nach den Beamtengesetzen gezahlt werden.

Gesetzliche Krankenversicherung: Pflichtmitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung sind insbesondere Arbeitnehmer mit einem Arbeitsentgelt zwischen der Geringfügigkeitsgrenze und der jeweils maßgeblichen Versicherungspflichtgrenze, Auszubildende, Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosengeld II, Studenten (grundsätzlich bis zum Abschluss des 14. Fachsemesters und bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres), Bezieher einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (wenn sie seit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Renten-antrags mindestens 9/10 der zweiten Hälfte des Zeitraums gesetzlich kranken-versichert waren), behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt sind, Landwirte, ihre mitarbeitenden Familienangehörigen und Altenteiler sowie Künstler und Publizisten, sofern sie die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllen.

Die Beiträge für die Pflichtversicherten werden grundsätzlich je zur Hälfte von ihnen selbst und von ihren Arbeitgebern, Beiträge der pflichtversicherten Rentner/-innen zur Hälfte von ihnen selbst und der Rentenversicherung getragen. Die Beiträge nach dem zusätzlichen Beitragssatz trägt das Mitglied alleine.

Die freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung ist grundsätzlich als Weiterversicherung nach Ende eines Tatbestandes der Versicherungspflicht ausgestaltet. Familienversichert sind der Ehegatte, der eingetragene Lebenspartner und die Kinder von Mitgliedern und familienversicherten Kindern unter bestimmten Voraussetzungen. Hierzu gehört insbesondere, dass das Gesamteinkommen 350 Euro monatlich, bei Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung 400 Euro monatlich, nicht übersteigt.

Die gesetzliche Krankenversicherung erbringt Leistungen für die Versicherten. Diese umfassenden Leistungen werden überwiegend als Sachleistung gewährt; in Form von Geldleistungen werden Krankengeld und Mutterschaftsgeld – als Ersatz für Verdienstaufschlag für die Zeit von sechs Wochen vor bis acht bzw. zwölf Wochen nach der Entbindung – gezahlt. Außerdem gehören Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und zu ihrer Verhütung zum Leistungskatalog.

Gesetzliche Rentenversicherung: In der Rentenversicherung sind alle Personen pflicht-versichert, die gegen Arbeitsentgelt oder zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt sind. Zu den Pflichtversicherten gehören auch bestimmte Selbstständige (z. B. Handwerker, Hebammen). Die Versicherungspflicht besteht unabhängig von der Höhe des Einkommens. Personen, die nicht versicherungspflichtig sind, haben grundsätzlich die Möglichkeit, sich freiwillig zu versichern.

Die Beiträge für Pflichtversicherte werden entsprechend dem jeweils geltenden Beitrags-satz bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze grundsätzlich je zur Hälfte vom Arbeit-nehmer und Arbeitgeber getragen. Sonderregelungen gelten in der knappschaftlichen Rentenversicherung.

Die Rentenversicherung erbringt Leistungen bei Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, im Alter sowie bei Tod des Versicherten. Sie zahlt bei verminderter Erwerbsfähigkeit und im Alter Renten an die Versicherten. Bei Tod des Versicherten sind seinen Hinterbliebenen Witwen- oder Witwerrenten und Waisenrenten zu zahlen. Die Rentenversicherung erbringt ferner Leistungen zur Teilhabe; das sind Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie ergänzende Leistungen.

Gesetzliche Unfallversicherung: Nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) sind Arbeitnehmer und Auszubildende in der gesetzlichen Unfallversicherung versichert (Ausnahme: Beamte). Darüber hinaus sind weitere Personengruppen versichert, so bestimmte Selbstständige (z. B. Landwirte/Landwirtinnen), Kinder, die in Kindertagesein-

richtungen und durch geeignete Tagespflegepersonen betreut werden, Schüler und Studierende sowie bestimmte ehrenamtlich tätige Personen. Für andere Personen, z. B. für Unternehmer und Unternehmerinnen, die nicht bereits kraft Gesetzes oder Satzung versichert sind, besteht die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung.

Die gesetzliche Unfallversicherung hat die Aufgabe, mit allen geeigneten Mitteln Versicherungsfälle (Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten) und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten, nach Eintritt eines Versicherungsfalles die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Versicherten wiederherzustellen sowie Versicherte bzw. Hinterbliebene durch Geldleistungen zu entschädigen. Die Leistungen umfassen insbesondere Heilbehandlungsmaßnahmen, medizinische Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Geldleistungen an Versicherte (z. B. Verletztengeld während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit, Übergangsgeld während der Durchführung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben oder Rentenleistungen) sowie Geldleistungen an Hinterbliebene (z. B. Witwen-/Witwerrenten).

Die Beiträge für die Versicherten werden allein vom Unternehmer bzw. von der Unternehmerin getragen.

Grundsicherung für Arbeitsuchende, Arbeitslosenhilfe u. a.: Zum 1.1.2005 wurden die Arbeitslosenhilfe nach dem SGB III und die Sozialhilfe nach dem ehemaligen Bundessozialhilfegesetz (BSHG) zu einem einheitlichen Fürsorgesystem zusammengeführt. Leistungsberechtigt sind erwerbsfähige Hilfebedürftige und Personen, die mit diesem in einer Bedarfsgemeinschaft leben, also die jeweiligen Partner, Kinder unter 25 Jahren und Eltern(-teile) des Hilfebedürftigen bzw. der Kinder unter 25 Jahren.

Kinder- und Jugendhilfe: Am 1.1.1991 trat das neue Kinder- und Jugendhilferecht als Aches Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) in den alten Bundesländern in Kraft. In den neuen Bundesländern erlangte es bereits mit dem Beitritt am 3.10.1990 seine Geltung. Eltern und andere Personensorgeberechtigte sowie junge Volljährige haben nach dem Gesetz Anspruch auf Beratung, Förderung und Unterstützung, insbesondere bei erzieherischen Problemen und Konflikten. Die erzieherischen Hilfen reichen von institutioneller Beratung und Betreuung einzelner junger Menschen (Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer, soziale Gruppenarbeit) über sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege in einer anderen Familie sowie Heimerziehung und sonstige betreute Wohnform bis zu intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung. Über die Anzahl dieser Hilfen wird jährlich eine Bundesstatistik geführt. Ebenfalls durch das SGB VIII werden die »anderen Aufgaben« des Jugendamtes geregelt, zu denen u. a. vorläufige Schutzmaßnahmen, Adoptionen, Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften, Pflegeurlaubnisse sowie Sorgerechtsziehungen zählen. Auch über diese Aufgaben wird eine jährliche Bundesstatistik geführt. Seit 2007 werden die Eingliederungshilfen für junge Menschen mit (drohender) seelischer Behinderung statistisch erfasst.

Ausgewählte, mit öffentlichen Mitteln geförderte Maßnahmen der Jugendarbeit werden alle vier Jahre statistisch erfasst. Anstelle der bisher vierjährlich erhobenen Statistik zur Anzahl der Kindertageseinrichtungen, der dort tätigen Personen und der verfügbaren Plätze wurden erstmals zum 15.3.2006 Daten zu den neuen Statistiken »Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen«, »Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege« und ab 2009 »Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder« erhoben. Diese Statistiken werden nun jährlich durchgeführt. Die übrigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, z. B. Einrichtungen der Heimerziehung, Jugendzentren, Jugendkunst- und -musikschulen und Jugendzeltplätze, Beratungsstellen und Jugendämter werden nach der Anzahl der vorhandenen Plätze und den tätigen Personen untergliedert und weiterhin vierjährlich erfasst.

Die Ausgaben der öffentlichen Träger der Jugendhilfe werden jährlich einschließlich der Fördermittel für freie Träger erfasst und geben einen Überblick über den (finanziellen) Stellenwert dieser Leistungen für die nachwachsenden Generationen. Im Sozialbudget werden zu diesen Ausgaben der öffentlichen Träger für Jugendhilfe noch die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz einbezogen (zur Jugendhilfestatistik siehe auch im Abschnitt »Methodische Erläuterungen«).

Kindergeld und Familienleistungsausgleich: In dieser Institution werden die im Rahmen des Familienleistungsausgleichs insgesamt durch Kinderfreibeträge oder Kindergeld bewirkte steuerliche Entlastung und gewährte Familienförderung dargestellt sowie die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz. Durch den mit Wirkung ab 1996 eingeführten Familienleistungsausgleich sind Einkommensteuer- und Kindergeldrecht vereinheitlicht worden. Seither kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag als Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes zur Anwendung oder das Kindergeld,

das als Steuervergütung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird. Durch die einkommensabhängige Leistungsgewährung fördert das Kindergeld Familien mit geringem Einkommen und mehreren Kindern. Das Kindergeld betrug von 2002 bis 2008 für das erste, zweite und dritte Kind jeweils 154 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 179 Euro. Ab 2009 beträgt es für das erste und zweite Kind jeweils 164 Euro, für das dritte Kind 170 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 195 Euro.

Lastenausgleich: Leistungen zum Ausgleich von Schäden und Verlusten, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit und infolge der Neuordnung des Geldwesens in der Währungsreform 1948 ergeben haben, nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit: Ausgleichsleistungen für Vertreibungsschäden, Kriegssachschäden, Ostschäden, Sparschäden und Schäden in der ehem. DDR. Sie wurden als Leistungen mit Rechtsanspruch (u. a. Hauptentschädigung, Kriegsschadenrente, Hausratsentschädigung, Entschädigung für Sparguthaben) oder als Leistungen ohne Rechtsanspruch (hauptsächlich Eingliederungs- und Aufbaudarlehen) gewährt. Weitere Leistungen wurden nach dem Flüchtlingshilfegesetz und dem Reparations-schadengesetz erbracht. Die Leistungsgewährung beschränkte sich auf das frühere Bundesgebiet; infolge Fristablaufs ist heute eine Leistungsgewährung nicht mehr möglich.

Pensionen: Ruhegehälter sowie Witwen-/Witwer- und Waisengelder, die von Gebietskörperschaften, ihren Wirtschaftsunternehmen und von sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften aufgrund von beamtenrechtlichen Vorschriften gezahlt werden. Erfasst werden auch die Leistungen an Bundesbeamte und -beamtinnen bei den privatisierten Wirtschaftsunternehmen Bahn und Post, Beschäftigte der Sozialversicherungsträger sowie Empfänger und Empfängerinnen einer Versorgung nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz.

Pflegeversicherung: Träger der sozialen Pflegeversicherung sind die Pflegekassen. Der versicherte Personenkreis der sozialen Pflegeversicherung umfasst die in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten (Pflichtmitglieder, freiwillige Mitglieder, Familienversicherte). Leistungsberechtigt sind Personen, die wegen einer Krankheit oder einer Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer in erheblichem Maße der Hilfe bedürfen. Die pflegebedürftigen Menschen werden nach dem Umfang des Hilfebedarfs in drei Pflege-stufen unterteilt. Die Leistungen der Pflegeversicherung richten sich danach, ob ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege erforderlich ist. Bei teilstationärer und stationärer Pflege gewähren die Pflegekassen Pflegesachleistungen, bei ambulanter Pflege hat der bzw. die Pflegebedürftige die Wahl zwischen Pflegesachleistungen (Einsätze zugelassener ambulanter Dienste), dem Pflegegeld oder der anteiligen Kombination beider Leistungsarten. Für die häuslichen Pflegepersonen werden unter gewissen Voraussetzungen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet. Die Leistungen für die ambulante Pflege gibt es seit 1.4.1995, für stationäre Pflege seit 1.7.1996; sie werden überwiegend durch Beiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber je zur Hälfte (außer Sachsen) finanziert. Die Belastung der Arbeitskosten wird für die Arbeitgeber durch den Wegfall eines Feiertages (außer Sachsen) kompensiert.

Seit April 2002 wurde mit dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz die Situation pflegebedürftiger Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf verbessert und Initiativen zum Aufbau von so genannten niedrigschwelligen Betreuungsangeboten insbesondere für die Betreuung zu Hause versorgter dementer Menschen angestoßen.

Seit dem 1.7.2008 beträgt der Beitragssatz 1,95 % (für Kinderlose 2,2 %). Erstmals können seither auch Pflegebedürftige der sogenannten Pflegestufe 0 Betreuungsleistungen aus Mitteln der Pflegeversicherung erhalten. Neben sonstigen Leistungsverbesserungen wurde zur sozialen Flankierung der Pflegezeit ein Anspruch auf Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung und die Zahlung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung für pflegende Angehörige eingeführt.

Private Altersvorsorge: Seit 2002 besteht für alle Pflichtmitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte, sowie für Beamte und Empfänger bzw. Empfängerinnen von Amtsbezügen die Möglichkeit einer staatlichen Förderung für eine zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge zur Ergänzung der gesetzlichen Rente. Die Förderung erfolgt über Zulagen und zusätzlichen Sonderausgabenabzug. Der Aufbau einer solchen Eigenvorsorge ist freiwillig. Die Gesamt-sparleistung (Mindesteigenbeitrag plus Zulage) ist von 1 % in 2002/2003 (über 2 % in 2004/2005 und 3 % in 2006/2007) bis zum Jahr 2008 auf maximal 4 % des in der Rentenversicherung beitragspflichtigen Vorjahresinkommens bzw. der bezogenen Besoldung oder Amtsbezüge des Vorjahres gestiegen, begrenzt auf die für den Sonderausgabenabzug zu berücksichtigenden Höchstbeträge.

Sonstige Arbeitgeberleistungen: Leistungen der Betriebe bei Krankheit, der Wohnungsfürsorge, freiwillige Familienzuschläge, Vorruhestandsleistungen der Betriebe.

Sonstige Entschädigungen: Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz für Wehr- und Zivildienstleistende und ihre Angehörigen, ferner einmalige Unterstützungen und Eingliederungshilfen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, dem Häftlingshilfegesetz (auch an Aussiedler/-innen) und dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz.

Soziale Entschädigung: Das soziale Entschädigungsrecht umfasst Leistungen der **Kriegsopferversorgung** nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und für Berechtigte nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des BVG vorsehen (Angehörige von Kriegsgefangenen sowie ehemalige politische Häftlinge und durch sonstige Verfolgungsmaßnahmen des SED-Regimes gesundheitlich Geschädigte, Wehr- und Zivildienstbeschädigte und deren Hinterbliebene, Opfer von Gewalttaten sowie Impfgeschädigte). Zu den Versorgungsleistungen gehören insbesondere Heil- und Krankenbehandlung, Beschädigtenrente und Pflegezulage, Berufsschadensausgleich, Hinterbliebenenrente (Witwen/Witwer-, Waisen- und Elternrente), Bestattungsgeld sowie Kapital- und Heiratsabfindung. Ergänzend hierzu tritt im Bedarfsfall die **Kriegsopferfürsorge** mit individuellen Hilfen ein: z. B. Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Altenhilfe, Erholungshilfe, Hilfen in besonderen Lebenslagen, u. a. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (z. B. Kfz-Hilfe), Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für Beschädigte, ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Die für die Leistungsgewährung geltenden gesetzlichen Regelungen sind in den neuen Ländern und Berlin-Ost am 1.1.1991 in Kraft getreten. Ab dem Jahr 2000 erfolgt die Erhebung alle zwei Jahre.

Sozialhilfe: Die Sozialhilfe schützt als letztes »Auffangnetz« vor Armut, sozialer Ausgrenzung und besonderer Belastung. Sie soll den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Sozialhilfe erbringt gemäß dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII »Sozialhilfe«) Leistungen für diejenigen Personen und Haushalte, die ihren Bedarf nicht aus eigener Kraft decken können und auch keine (ausreichenden) Ansprüche aus vorgelagerten Versicherungs- und Versorgungssystemen haben. Auch die zum 1.1.2005 eingeführte »Grundsicherung für Arbeitsuchende« nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) ist ein solches vorgelagertes System und gehört somit *nicht* zur Sozialhilfe.

Mit Einführung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (»Hartz IV«) zum 1.1.2005 ergaben sich für die amtliche Sozialhilfestatistik weit reichende Änderungen. Seither erhalten bisherige Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne, d. h. Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, die grundsätzlich erwerbsfähig sind, sowie deren Familienangehörige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Folglich wurde der überwiegende Teil der Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne (d. h. Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) letztmalig zum Jahresende 2004 in der Sozialhilfestatistik erfasst. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII »Sozialhilfe« erhalten seit dem 1.1.2005 lediglich *nicht erwerbsfähige* Hilfebedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln (z. B. Vermögen) oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören auch z. B. vorübergehend Erwerbsunfähige (befristet Erwerbsgeminderte, die unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes weniger als drei Stunden täglich erwerbstätig sein können), längerfristig Erkrankte (länger als sechs Monate), Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, die nicht bei ihren Eltern wohnen oder Vorruhestandsrentner und -rentnerinnen mit niedriger Rente.

Im Rahmen des SGB XII »Sozialhilfe« werden im Einzelnen folgende Leistungen unterschieden:

3. Kapitel SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27–40),
4. Kapitel SGB XII: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41–46a),
5. Kapitel SGB XII: Hilfen zur Gesundheit (§§ 47–52),
6. Kapitel SGB XII: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (§§ 53–60),
7. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Pflege (§§ 61–66),
8. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67–69),
9. Kapitel SGB XII: Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70–74).

Asylbewerber und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Berechtigte erhalten seit dem 1.1.1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Aus diesem Grund sind die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik ab 1994 nur noch eingeschränkt mit der vorherigen Statistik vergleichbar.

Steuerliche Leistungen: Hierunter werden vier unterschiedliche Arten von steuerlichen Maßnahmen zusammengefasst; nämlich sozialpolitisch begründete Maßnahmen (mit Subventions-, Anreiz- oder Förderungszielen), Maßnahmen wegen geminderter steuerlicher Leistungsfähigkeit, Splitting-Verfahren für Ehegatten sowie Steuerermäßigung für Pflege- und Betreuungsleistungen.

Versorgungswerke: Basierend auf der berufsständischen Selbstverwaltung in öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Zwangsmitgliedschaft (Kammerverfassung) wurden aufgrund von Landesgesetzen für bestimmte freie Berufe Versicherungs- und Versorgungswerke zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung errichtet. Einbezogen sind insbesondere Ärzte/Ärztinnen, Zahnärzte/Zahnärztinnen, Tierärzte/Tierärztinnen, Apotheker/-innen, Rechtsanwälte/-anwältinnen und Notare/Notarinnen, Wirtschaftsprüfer/-innen und Steuerberater/-innen, Architekten/Architektinnen.

Gewährt werden Leistungen zur Teilhabe, bei Berufsunfähigkeit, bei Alter und zugunsten von Hinterbliebenen.

Wiedergutmachung: Hierunter fallen vor allem Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und die darauf basierenden Regelungen für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, aber auch Ausgaben im Rahmen des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) und des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG).

Das **Wohngeld** ist ein von Bund und Ländern je zur Hälfte getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten gewährt, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieter oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. Ein Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall vom Wohngeldempfänger bzw. von der -empfängerin getragen werden.

Aufgrund der zum 1.1.2005 in Kraft getretenen Änderungen im Sozialrecht (»Hartz IV«) hat sich im Berichtsjahr 2005 der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit auch der statistisch erfassten Wohngeldhaushalte deutlich reduziert. Ab diesem Zeitpunkt entfällt für Empfänger und -empfängerinnen bestimmter Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) sowie für Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft der Wohngeldanspruch. Deren angemessene Unterkunftskosten werden nunmehr im Rahmen der jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt, so dass sich dadurch für die einzelnen Leistungsberechtigten keine Nachteile ergeben. Hinzu kommt, dass der besondere Mietzuschuss als besondere Form der Wohngeldgewährung an Bezieher und Bezieherinnen von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge entfiel. Neben diesen reinen Wohngeldhaushalten gibt es seit 2005 auch eine Anzahl von wohngeldrechtlichen Teilhaushalten in Mischhaushalten. Dabei handelt es sich um Haushalte, in denen der Antragsteller Empfänger bzw. die Antragstellerin Empfängerin von Transferleistungen und damit nicht selbst wohngeldberechtigt ist, aber mindestens einer der übrigen Mitbewohner, oder um Haushalte, in denen der Antragsteller bzw. die Antragstellerin selbst wohngeldberechtigt ist, in dessen Gesamthaushalt aber auch Transferleistungsempfänger und -empfängerinnen leben.

Mit der zum 1.1.2009 in Kraft getretenen Wohngeldreform sind – erstmals seit den Anpassungen 2001 – wieder Leistungsverbesserungen für die Wohngeldbezieher/-innen verbunden. Ferner wird sich durch diese Gesetzesreform die Zahl der wohngeldberechtigten Haushalte wieder erhöhen.

Zusatzversorgung: Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung für Tarifbeschäftigte (früher: Arbeiter und Angestellte) öffentlicher Arbeitgeber, die z. B. bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder oder bei kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen versichert sind.

Ergänzende Definitionen zu einzelnen Statistiken

Asylbewerberleistungen: Am 1.11.1993 ist das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in Kraft getreten. Asylbewerber und -bewerberinnen und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Berechtigte erhalten seitdem bei Bedarf anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem AsylbLG. Zur Deckung des täglichen Bedarfs (Ernährung, Kleidung, Unterkunft etc.) erhalten die Leistungsberechtigten Regelleistungen. Diese werden entweder in Form von Grundleistungen (§ 3 AsylbLG) oder in besonderen Fällen in Form von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 2 AsylbLG) analog zu den Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) gewährt. Daneben erhalten die Asylbewerber und -bewerberinnen in speziellen Bedarfssituationen besondere Leistungen, z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG). Die analoge Anwendung von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII erfolgt auch in diesem Bereich in besonderen Fällen auf der Grundlage des § 2 AsylbLG. Demnach ist Hilfe bei Krankheit, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft sowie Hilfe zur Pflege zu gewähren. Die übrigen Hilfen können bewilligt werden, wenn dies im Einzelfall gerechtfertigt ist. Im Sozialbudget werden die Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG weiterhin zusammen in der Institution »Sozialhilfe« ausgewiesen. Erfasst werden hier auch weitere soziale Hilfen des Bundes und der Länder.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII »Sozialhilfe«) haben Personen ab 65 Jahren sowie dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland bei Bedürftigkeit einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Leistungen werden in gleicher Höhe bemessen wie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (3. Kapitel SGB XII). Einkommen wie z. B. Rentenbezüge oder Vermögen des Leistungsberechtigten, des nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartners sowie des Partners einer eheähnlichen Gemeinschaft werden wie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt angerechnet, jedoch wird gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern bzw.

Eltern mit einem Jahreseinkommen unterhalb von 100 000 Euro kein Unterhaltsrückgriff vorgenommen. Insofern sollen die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auch dazu beitragen, die sogenannte »verschämte Armut« einzugrenzen. Vor allem ältere Menschen machten bestehende Sozialhilfeansprüche in der Vergangenheit oftmals nicht geltend, weil sie den Rückgriff auf ihre unterhaltspflichtigen Kinder fürchteten.

Die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurden zunächst gemäß dem eigenständigen Grundsicherungsgesetz (GSiG) erbracht, das zum 1.1.2003 in Kraft trat. Mit der zum 1.1.2005 in Kraft getretenen Reform der Sozialhilfe wurde das GSiG in das SGB XII eingeordnet. Seit diesem Zeitpunkt zählt die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung somit zur Sozialhilfe (siehe hierzu auch die Ausführungen zum Stichwort »Sozialhilfe« im Abschnitt »Definitionen« sowie die Ausführungen zur Sozialhilfestatistik im Abschnitt »Methodische Erläuterungen«).

Schwerbehinderte Menschen: Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind schwerbehindert, wenn ihnen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung (GdB) von 50 oder mehr zuerkannt worden ist. Bei mehreren Behinderungen wird der GdB nach den Auswirkungen der Behinderungen in ihrer Gesamtheit unter Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Beziehungen festgestellt. Auf Antrag stellen die Versorgungsämter für diese Personen einen Ausweis über die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch aus. Der Ausweis dient dem Nachweis für die Inanspruchnahme von Leistungen und sonstigen Hilfen, die schwerbehinderten Menschen nach dem Neunten Sozialgesetzbuch (SGB IX), z. B. unentgeltliche Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Personenverkehr, oder nach anderen Gesetzen zustehen (z. B. Einkommensteuer-, Kraftfahrzeugsteuergesetz).

8 Sozialleistungen
8.1 Sozialbudget nach Institutionen *)

Jahr	Leistungen							Finanzierung							
	insgesamt	Sozialschutzleistungen			Verwaltungs- ausgaben	Sonstige Ausgaben	Verrech- nungen	insgesamt	Sozialbeiträge			Zuschüsse des Staates	sonstige Ein- nahmen	Verrech- nungen	
		Ein- kom- mens- leistungen	Sachlei- stungen ¹⁾	Beiträge des Staates (Umgeleitete Sozialbei- träge – BdS)					der Arbeit- nehmer, Selbststän- digen und sonstigen Personen ²⁾	der Arbeitgeber					Beiträge des Staates (Umgeleitete Sozialbei- träge – BdS)
										tatsächlich	unterstellt				
Mill. EUR															
Sozialleistungen insgesamt, konsolidiert um Beiträge des Staates und Verrechnungen (Zahlungen der Institutionen untereinander)															
2006	702 653	472 554	204 725	–	23 653	1 721	–	731 895	194 620	173 041	73 398	–	278 080	12 756	–
2007	709 219	472 546	211 174	–	23 904	1 595	–	748 199	199 345	174 747	76 028	–	284 789	13 291	–
nachrichtlich: Sozialleistungen einschl. Beiträge des Staates															
2006	739 987	472 554	204 725	37 334	23 653	1 721	–	769 229	194 620	173 041	73 398	37 334	278 080	12 756	–
2007	742 106	472 546	211 174	32 887	23 904	1 595	–	781 086	199 345	174 747	76 028	32 887	284 789	13 291	–
Sozialversicherungssysteme															
Rentenversicherung ³⁾															
2006	240 518	218 501	3 537	14 221	3 571	169	520	234 931	70 888	72 668	–	12 445	78 243	507	181
2007	242 035	219 597	3 684	14 804	3 449	26	476	243 161	75 989	78 289	–	8 843	79 223	648	171
Krankenversicherung															
2006	146 818	5 048	131 884	1 200	7 321	573	792	148 542	73 526	45 278	–	23 262	5 472	642	362
2007	152 625	5 380	137 312	1 191	7 420	559	762	154 717	78 116	49 036	–	22 667	3 795	779	324
Pflegeversicherung															
2006	18 024	3 977	12 293	864	879	4	7	17 709	10 283	6 057	–	1 263	–	106	–
2007	18 280	3 970	12 553	861	885	4	7	17 958	10 488	6 234	–	1 130	–	107	–
Unfallversicherung ⁴⁾															
2006	11 269	6 322	2 431	189	1 278	867	182	11 508	1 333	9 236	–	42	413	476	7
2007	11 157	6 226	2 431	182	1 284	884	151	11 487	1 317	9 227	–	41	362	534	6
Arbeitslosenversicherung ⁵⁾															
2006	41 762	21 550	3 124	10 195	3 223	–	3 671	49 616	23 664	24 934	–	323	133	563	–
2007	37 714	18 417	1 901	7 749	3 266	–	2 381	40 565	16 167	17 047	–	206	6 587	558	–
Sondersysteme															
Alterssicherung der Landwirte															
2006	3 122	3 005	27	6	73	0	11	3 113	686	–	–	–	2 425	2	–
2007	3 063	2 952	27	3	70	0	11	3 049	675	–	–	–	2 373	1	–
Versorgungswerke															
2006	3 194	2 953	–	–	237	4	–	11 804	5 605	572	–	–	–	5 627	–
2007	3 288	3 043	–	–	242	4	–	12 154	5 769	588	–	–	–	5 796	–
Private Altersvorsorge															
2006	–	–	–	–	–	–	–	4 167	3 091	–	–	–	1 076	–	–
2007	5	5	–	–	–	–	–	6 415	4 908	–	–	–	1 507	–	–
Systeme des öffentlichen Dienstes															
Pensionen															
2006	37 193	36 955	–	–	238	–	–	32 721	231	–	11 897	–	17 655	1 747	1 192
2007	37 060	36 821	–	–	239	–	–	32 625	231	–	11 167	–	18 259	1 790	1 179
Familienzuschläge															
2006	2 965	2 936	–	–	29	–	–	2 965	–	–	–	–	2 282	629	54
2007	2 920	2 891	–	–	28	–	–	2 920	–	–	–	–	2 243	624	53
Beihilfen															
2006	10 541	4	10 432	–	105	–	–	10 541	–	–	10 218	–	78	31	214
2007	11 516	4	11 398	–	114	–	–	11 516	–	–	11 173	–	85	34	225
Arbeitgebersysteme															
Entgeltfortzahlung															
2006	24 996	24 996	–	–	–	–	–	24 996	–	–	24 996	–	–	–	–
2007	26 312	26 312	–	–	–	–	–	26 312	–	–	26 312	–	–	–	–
Betriebliche Altersversorgung															
2006	21 170	21 170	–	–	–	–	–	35 076	4 526	5 530	25 020	–	–	–	–
2007	21 290	21 290	–	–	–	–	–	36 580	4 910	5 600	26 070	–	–	–	–
Zusatzversorgung															
2006	9 422	9 014	–	0	390	18	–	12 547	789	8 767	–	–	569	2 422	–
2007	9 710	9 202	–	1	490	17	–	12 496	775	8 726	–	–	578	2 417	–
Sonstige Arbeitgeberleistungen															
2006	1 267	857	410	–	–	–	–	1 267	–	–	1 267	–	–	–	–
2007	1 306	890	417	–	–	–	–	1 306	–	–	1 306	–	–	–	–
Entschädigungssysteme															
Soziale Entschädigung ⁶⁾															
2006	3 266	2 175	806	1	174	0	110	3 266	–	–	–	–	3 266	–	–
2007	2 987	1 955	759	1	159	1	113	2 987	–	–	–	–	2 987	–	–
Lastenausgleich															
2006	60	51	–	–	5	–	4	60	–	–	–	–	60	0	–
2007	53	44	–	–	5	–	4	53	–	–	–	–	53	0	–

Fußnoten siehe am Ende der Tabelle.

8 Sozialeleistungen
8.1 Sozialbudget nach Institutionen *)

Jahr	Leistungen							Finanzierung							
	ins-gesamt	Sozialschutzleistungen			Verwaltungs-ausgaben	Sonstige Ausgaben	Verrech-nungen	ins-gesamt	Sozialbeiträge			Zuschüsse des Staates	sonstige Ein-nahmen	Verrech-nungen	
		Ein-kommens-leistungen	Sachlei-stungen ¹⁾	Beiträge des Staates (Umgeleitete Sozialbei-träge – BdS)					der Arbeit-nehmer, Selbststän-digen und sonstigen Personen ²⁾	der Arbeitgeber					Beiträge des Staates (Umgeleitete Sozialbei-träge – BdS)
										tatsächlich	unterstellt				
Mill. EUR															
Entschädigungssysteme															
Wiedergutmachung															
2006	757	706	8	-	43	-	-	757	-	-	-	-	757	-	-
2007	722	674	7	-	41	-	-	722	-	-	-	-	722	-	-
Sonstige Entschädigungen															
2006	82	50	28	-	5	-	-	82	-	-	-	-	82	-	-
2007	74	43	26	-	5	-	-	74	-	-	-	-	74	-	-
Förder- und Fürsorgesysteme															
Kindergeld und Familienleistungsausgleich															
2006	36 945	36 943	-	-	1	-	1	36 945	-	-	-	-	36 945	-	-
2007	36 827	36 805	-	-	22	-	1	36 827	-	-	-	-	36 827	-	-
Erziehungsgeld / Elterngeld															
2006	3 055	3 049	-	-	6	-	-	3 055	-	-	-	-	3 055	-	-
2007	3 957	3 951	-	-	6	-	-	3 957	-	-	-	-	3 957	-	-
Grundsicherung für Arbeitsuchende															
2006	48 465	21 621	13 805	9 417	3 621	-	-	48 465	-	-	-	-	45 182	-	3 282
2007	44 972	20 886	13 626	6 765	3 695	-	-	44 972	-	-	-	-	43 027	-	1 945
Arbeitslosenhilfe / sonst. Arbeitsförderung															
2006	388	19	111	173	-	86	-	388	-	-	-	-	388	1	-
2007	428	-3	104	227	-	100	-	428	-	-	-	-	427	1	-
Ausbildungsförderung ⁷⁾															
2006	1 737	1 651	-	-	86	-	-	1 737	-	-	-	-	1 734	3	-
2007	1 705	1 621	-	-	84	-	-	1 705	-	-	-	-	1 703	3	-
Sozialhilfe ^{8) 9)}															
2006	22 242	13 547	6 544	1 069	1 082	-	-	22 242	-	-	-	-	22 238	-	4
2007	22 910	13 958	6 741	1 104	1 108	-	-	22 910	-	-	-	-	22 906	-	4
Kinder- und Jugendhilfe ^{6) 9)}															
2006	19 387	-	18 191	-	1 196	-	-	19 387	-	-	-	-	19 387	-	-
2007	20 469	-	19 254	-	1 215	-	-	20 469	-	-	-	-	20 469	-	-
Wohngeld															
2006	1 185	-	1 094	-	91	-	-	1 185	-	-	-	-	1 185	-	-
2007	1 012	-	935	-	78	-	-	1 012	-	-	-	-	1 012	-	-
Steuerliche Leistungen ¹⁰⁾															
2006	35 454	35 454	-	-	-	-	-	35 454	-	-	-	-	35 454	-	-
2007	35 613	35 613	-	-	-	-	-	35 613	-	-	-	-	35 613	-	-

*) Berechnungsstand Mai 2009. – 2007 vorläufig.

¹⁾ Einschl. Barerstattungen.

²⁾ Einschl. Eigenbeiträge von Empfänger/-innen sozialer Leistungen.

³⁾ Rentenrückflüsse sowie Selbstbeteiligungen und Erstattungen sind jeweils auf der Einnahmen- und Ausgabenseite abgesetzt.

⁴⁾ Zuführungen zu bzw. Entnahmen aus Betriebsmitteln und Rücklagen sind abgesetzt.

⁵⁾ Ohne Darlehen, Grunderwerb sowie Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen.

⁶⁾ Ohne Erstattungen und Darlehen.

⁷⁾ Leistungen nach BAföG und AFBG, ohne Darlehen.

⁸⁾ Einschl. weiterer Leistungen der Sozialhilfeträger und sozialer Hilfen der Länder (z. B. Landesblinden- und -pflegegeld), Asylbewerberleistungsgesetz und Sozialzuschlägen der Rentenversicherung in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

⁹⁾ Einschl. Leistungen des Bundes (z. B. nach dem Bundesjugendplan) und nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, ohne Selbstbeteiligungen und Erstattungen.

¹⁰⁾ Enthalten sind auch die Beträge, die sich rein rechnerisch aus dem »Ehegatten-Splitting« des Einkommensteuerrechts ergeben.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.2 Gesetzliche Krankenversicherung
 8.2.1 Kassen und Mitglieder *)

Jahr Kassenart	Kassen ¹⁾	Mitglieder			Pflichtmitglieder ²⁾		Freiwillige Mitglieder		Rentner/-innen ³⁾	
		insgesamt	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	Anzahl	1 000								
2006	266	50 471	25 235	25 236	14 975 ⁴⁾	13 812	3 303	1 478	6 958	9 946
2007	248	50 743	25 355	25 388	15 207 ⁴⁾	14 001	3 180	1 449	6 967	9 939
2008	217	50 968	25 423	25 545	15 403 ⁴⁾	14 241	3 082	1 411	6 939	9 893
davon (2008):										
Ortskrankenkassen	15	17 557	8 839	8 719	5 438	4 094	555	311	2 845	4 314
Betriebskrankenkassen	170	9 774	5 277	4 497	3 448	3 001	712	251	1 116	1 245
Innungskrankenkassen	15	4 464	2 664	1 800	2 005	1 308	252	105	407	387
Landwirtschaftliche Krankenkassen	7	474	304	170	142	19	19	10	144	141
See-Krankenkasse	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KBS (Knappschaft-Bahn-See)	1	1 333	728	605	253	120	50	15	426	469
Ersatzkassen für Arbeiter	2	1 171	696	475	474	343	80	25	142	106
Ersatzkassen für Angestellte	7	16 194	6 915	9 279	3 643	5 355	1 414	693	1 859	3 232

*) Durchschnitt errechnet aus 12 Monatswerten.

¹⁾ Ohne Erstreckungskassen.

²⁾ Einschl. Studierender, ohne Rentner/-innen.

³⁾ Bei den Landwirtschaftlichen Krankenkassen sind die Altenteiler und die sonstigen Versicherten enthalten.

⁴⁾ Einschl. Wehr- und Zivildienstleistende sowie Dienstleistende bei der Bundespolizei.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.2.2 Mitglieder nach Altersgruppen *)

Jahr Kassenart	Mitglieder ¹⁾	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						
		unter 15	15 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 und mehr
	1 000	%						
2006	33 356	0,1	10,2	21,3	28,1	24,8	13,5	2,1
2007	33 678	0,1	10,1	21,2	27,1	25,3	14,0	2,2
2008	34 056	0,1	10,1	21,4	25,9	25,8	14,3	2,3
davon (2008):								
Ortskrankenkassen	10 344	0,1	11,8	19,7	24,4	26,2	15,4	2,5
Betriebskrankenkassen	7 367	0,1	9,5	23,5	29,6	25,0	11,3	0,9
Innungskrankenkassen	3 690	0,1	11,5	27,0	27,5	22,3	10,1	1,5
Landwirtschaftliche Krankenkassen	242	0,1	2,7	11,0	22,9	31,1	25,7	6,6
See-Krankenkasse	-	-	-	-	-	-	-	-
KBS (Knappschaft-Bahn-See)	442	0,0	7,9	12,8	22,6	32,7	19,5	4,6
Ersatzkassen für Arbeiter	920	0,1	10,7	19,4	27,4	28,2	13,1	1,0
Ersatzkassen für Angestellte	11 050	0,2	8,8	20,4	24,3	26,7	16,5	3,2

*) Stichtag 1.7.

¹⁾ Mitglieder der allgemeinen KV ohne Rentner/-innen.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.2.3 Einnahmen und Ausgaben

Jahr Kassenart	Einnahmen ¹⁾		Ausgaben ²⁾							Bei- träge	Leis- tungen	
	ins- gesamt	dar. Beiträge	ins- gesamt	Verwal- tungs- kosten	Aufwen- dungen für Leis- tungen	darunter						sonstige Aus- gaben
						Behand- lung durch Ärzte/ Ärztinnen ³⁾	Kranken- haus- behand- lung	Arznei- mittel ⁴⁾	Kranken- geld			
	Mill. EUR										EUR	
2005	143 828	138 336	143 809	8 155	134 846	30 590	47 182	36 076	5 868	808	3 164	2 009
2006	147 620	139 874	147 973	8 110	138 681	31 563	48 577	36 835	5 708	1 181	3 204	2 070
2007	153 567	147 474	153 876	8 180	144 433	32 643	49 133	39 316	6 017	1 263	3 483	2 201
davon (2007):												
Ortskrankenkassen	45 866	44 232	58 958	3 042	55 471	11 363	20 544	15 272	1 774	445	3 076	2 351
Betriebskrankenkassen	34 987	33 682	26 895	1 382	24 914	6 241	7 779	6 354	1 447	598	3 871	2 038
Innungskrankenkassen	11 647	11 277	9 790	586	9 130	2 108	3 032	2 388	534	74	3 274	1 950
Landwirtschaftliche Krankenkassen	2 262	987	2 197	112	2 075	448	769	575	2	11	3 008	2 360
See-Krankenkasse	187	185	195	8	187	36	70	52	11	0	4 140	2 648
KBS (Knappschaft-Bahn-See)	3 014	2 920	4 837	181	4 625	779	1 817	1 197	97	30	3 973	2 983
Ersatzkassen für Arbeiter	4 085	3 984	3 182	138	3 018	786	907	783	186	25	3 776	2 061
Ersatzkassen für Angestellte	51 519	50 206	47 822	2 731	45 013	10 882	14 217	12 694	1 966	78	3 606	2 229

¹⁾ Ohne Risikostrukturausgleich und ohne Beiträge aus geringfügiger Beschäftigung.

²⁾ Ohne Risikostrukturausgleich.

³⁾ Einschl. Zahnärzten/Zahnärztinnen.

⁴⁾ Einschl. Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.2 Gesetzliche Krankenversicherung
 8.2.4 Leistungsfälle

Jahr Kassenart	Mitglieder (Pflichtmitglieder und freiwillige Mitglieder ohne Rentner/-innen und ohne Studierende)									
	Arbeitsunfähigkeitsfälle					Arbeitsunfähigkeitstage				
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	1 000		je 100 Mitglieder			1 000		je 100 Mitglieder		je Arbeitsunfähigkeitsfall
2005	15 487	14 015	84,7	91,7	206 709	180 025	1 131	1 177	13,4	12,9
2006	14 541	13 401	79,6	87,6	189 250	169 336	1 035	1 108	13,0	12,6
2007	15 785	14 557	85,8	94,2	197 330	179 807	1 073	1 164	12,5	12,4
davon (2007):										
Ortskrankenkassen	5 988	4 534	98,3	102,3	71 673	53 473	1 176	1 206	12,0	11,8
Betriebskrankenkassen	3 579	3 022	84,6	92,2	44 598	36 397	1 054	1 111	12,5	12,0
Innungskrankenkassen	1 935	1 161	93,7	95,3	24 126	13 035	1 168	1 070	12,5	11,2
Landwirtschaftliche Krankenkassen	29	9	14,0	22,6	291	111	139	287	9,9	12,7
See-Krankenkasse	14	4	53,9	76,2	321	59	1 249	1 179	23,2	15,5
KBS (Knappschaft-Bahn-See)	191	76	82,7	95,2	3 350	1 055	1 454	1 318	17,6	13,8
Ersatzkassen für Arbeiter	560	389	96,6	104,3	6 899	4 467	1 191	1 198	12,3	11,5
Ersatzkassen für Angestellte	3 490	5 361	70,5	89,0	46 072	71 211	930	1 182	13,2	13,3

Jahr Kassenart	Mitglieder (Pflichtmitglieder einschl. Rentner/-innen und Studierender sowie freiwillige Mitglieder)									
	Krankenhausfälle		Krankenhaustage				Mutterschaftshilfefälle		Sterbegeldfälle	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	mit Familienangehörige			
	1 000		je Krankenhausfall		1 000	je 1 000 Mitglieder	1 000	je 1 000 Mitglieder		
2005	5 818	6 231	59 243	67 234	10,2	10,8	368	7,3	9	0,2
2006	5 897	6 310	59 285	67 156	10,1	10,6	369	7,3	-	-
2007	6 110	6 526	60 777	68 652	10,0	10,5	348	6,9	-	-
davon (2007):										
Ortskrankenkassen	2 505	2 653	26 412	29 474	10,5	11,1	83	4,6	-	-
Betriebskrankenkassen	997	895	9 510	9 067	9,5	10,1	96	9,7	-	-
Innungskrankenkassen	446	302	4 271	2 978	9,6	9,9	29	7,2	-	-
Landwirtschaftliche Krankenkassen	110	73	1 156	844	10,5	11,5	0	0,6	-	-
See-Krankenkasse	12	5	120	57	9,7	11,3	0	2,3	-	-
KBS (Knappschaft-Bahn-See)	253	232	2 622	2 597	10,4	11,2	3	2,4	-	-
Ersatzkassen für Arbeiter	138	87	1 248	803	9,0	9,2	13	11,0	-	-
Ersatzkassen für Angestellte	1 648	2 278	15 439	22 831	9,4	10,0	124	7,8	-	-

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.3 Gesetzliche Unfallversicherung
 8.3.1 Versicherte, Rentenbestand, Schadensfälle und Ausgaben der Schülerunfallversicherung *)

Jahr	Versicherte	Renten am Jahresende		Anzeige auf Verdacht einer Berufskrankheit	Meldepflichtige Unfälle			Neue Unfallrenten		Tödliche Unfälle
		insgesamt	dar. an Versicherte		insgesamt	Schul- und Kindergartenunfälle	Wegeunfälle	insgesamt	dar. Unfälle in Schulen, Hochschulen und Kindergärten	
		Anzahl								
2005	17 374	15 697	15 601	157	1 415 432	1 290 782	124 650	1 678	1 209	81
2006	17 399	16 078	15 972	221	1 404 595	1 279 771	124 824	1 411	1 021	65
2007	17 268	16 402	16 291	163	1 396 974	1 282 464	114 510	1 138	799	62

Jahr	Ausgaben					
	insgesamt	Davon				
		Renten, Beihilfen, Abfindungen	Heilbehandlung ¹⁾	berufsfördernde Leistungen	Verfahrenskosten ²⁾	sonstige Leistungen
1 000 EUR						
2005	412 588	79 513	314 741	15 035	2 701	596
2006	411 474	79 975	315 264	13 350	2 438	448
2007	407 738	83 177	308 361	13 239	2 484	478

*) Unfallversicherung für Schüler/-innen und Studierende sowie für Kinder in Kindergärten.

¹⁾ Leistungen für ambulante Heilbehandlung, Heilanstaltspflege, Zahnersatz, Übergangsgeld und sonstige Heilbehandlungskosten.

²⁾ Leistungen zur Rechtsverfolgung, Unfalluntersuchung und Feststellung der Entschädigungen, Vergütung für Auszahlungen der Renten und für Beitragsbeitrag.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialleistungen
 8.3 Gesetzliche Unfallversicherung
 8.3.2 Versicherte und Rentenbestand *)

Jahr Träger	Versicherte	Vollarbeiter ¹⁾	Rentenbestand am Jahresende				
			insgesamt	Renten an Versicherte	Witwen- und Witwerrenten	Waisenrenten	Renten an sonstige Berechtigte
			Anzahl				
1 000							
2005	57 761	36 282	1 077 241	930 113	127 112	19 927	89
2006	59 157	37 047	1 064 804	919 160	126 227	19 342	75
2007	59 929	37 633	1 046 345	904 220	123 915	18 140	70
davon (2007):							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	45 539	30 740	806 120	687 800	103 385	14 874	61
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	3 666	1 841	146 410	133 946	10 785	1 675	4
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ²⁾	10 723	5 052	93 815	82 474	9 745	1 591	5

*) Ohne Schülerunfallversicherung.

¹⁾ Errechnet aufgrund der durchschnittlich im Jahr geleisteten Arbeitstage oder Arbeitsstunden.

²⁾ Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn - Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.3.3 Schadensfälle und Entschädigungen *)

Jahr Träger	Berufskrankheit	Meldepflichtige Unfälle			Neue Unfallrenten			Tödliche Unfälle
		insgesamt	davon		insgesamt	Arbeitsunfälle	Wegeunfälle ¹⁾	
			Arbeitsunfälle	Wegeunfälle ¹⁾				
		1 000		Anzahl				
2005	63	1 217	1 030	188	31 010	23 886	7 124	1 435
2006	64	1 241	1 048	194	30 232	22 941	7 291	1 496
2007	64	1 225	1 056	170	27 598	21 315	6 283	1 333
davon (2007):								
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	56	993	852	141	20 851	15 598	5 253	1 033
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	3	99	96	3	4 257	4 144	113	211
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ²⁾	5	133	108	26	2 490	1 573	917	89

*) Ohne Schülerunfallversicherung.

¹⁾ Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte.

²⁾ Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn - Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.3.4 Einnahmen, Ausgaben und Vermögen *)

Jahr Träger	Einnahmen		Ausgaben							Vermögen ³⁾	
	insgesamt	dar. Beiträge	insgesamt	Verwaltungs- und Verfahrenskosten	Aufwendungen für Leistungen	darunter					sonstige Ausgaben ²⁾
						Renten	Heilbehandlung ¹⁾	Verletzten-geld	Unfallverhütung		
	Mill. EUR										
2005	14 447	12 195	14 390	1 380	9 848	5 770	2 553	515	864	3 162	17 840
2006	14 068	12 002	13 995	1 357	9 836	5 710	2 600	516	870	2 802	18 098
2007	13 903	11 755	13 826	1 320	9 757	5 638	2 589	515	882	2 749	18 409
davon (2007):											
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	11 738	9 977	11 660	1 031	8 129	4 733	2 096	441	743	2 500	15 894
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	963	899	966	112	760	403	266	31	54	94	1 651
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ⁴⁾	1 202	879	1 200	177	868	503	228	43	84	155	864

*) Ohne Schülerunfallversicherung.

¹⁾ Leistungen für ambulante Heilbehandlung, Heilanstaltspflege, Zahnersatz und sonstige Heilbehandlungskosten.

²⁾ Vermögensaufwendungen, rechnungsmäßiges Defizit der eigenen Unternehmen, Beitragsausfälle aus der Umlage des Vorjahres, sonstige Aufwendungen.

³⁾ Bestand am Jahresende.

⁴⁾ Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn - Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.1 Rentenansprüche der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung 2008

Versicherungszweig	Ein- gegangene Anträge	Erledigte Anträge								Unerledigte Anträge am Jahresende
		insgesamt	bewilligt					abgelehnt	auf andere Weise erledigt	
			zusammen ¹⁾	Versicherten- renten	Erziehungs- renten	Witwen- und Witwerrenten	Waisen- renten			
1 000										
Allgemeine Rentenversicherung	1 677	1 657	1 361	974	2	320	66	219	77	216
Knappschaftliche Rentenversicherung	71	73	64	34	0	26	3	7	1	5
Insgesamt . . .	1 748	1 730	1 426	1 008	2	346	68	226	78	221

¹⁾ Einschl. Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.2 Zugänge an Versichertenrenten 2007 nach dem Alter bei Rentenbeginn *)

Alter bei Rentenbeginn von ... bis unter ... Jahren	Allgemeine Rentenversicherung					Knapp- schaftliche Rentenver- sicherung insgesamt ¹⁾
	Versichertenrenten			darunter Renten wegen		
	Männer	Frauen	insgesamt	teilweiser Erwerbs- minderung	voller Erwerbs- minderung	
1 000						
unter 30	2	2	4	0	4	0
30 – 40	7	8	15	1	14	0
40 – 50	21	21	42	5	38	1
50 – 60	45	37	82	17	66	5
60 – 63	101	140	241	2	6	9
63 – 65	91	56	147	0	2	5
65 und mehr	153	152	305	–	–	8
Insgesamt . . .	422	416	838	25	130	28

*) Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin

8 Sozialeleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.3 Rentenbestand der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung
 am 1.7.2008

Versicherungszweig	Ins- gesamt ¹⁾	Versichertenrenten							Renten wegen Todes				
		zu- sammen	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit			Renten wegen Alters			zu- sammen	davon			
			zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen		Witwen- renten	Witwer- renten	Waisen- renten	Erziehungs- renten
1 000													
Deutschland													
Allgemeine Rentenversicherung	23 642	18 254	1 518	784	734	16 736	7 173	9 562	5 388	4 520	496	363	10
Knappschaftliche Rentenversicherung	1 050	651	64	55	9	587	472	114	399	379	7	13	0
Insgesamt	24 692	18 905	1 582	839	742	17 323	7 646	9 677	5 788	4 899	504	375	10
Früheres Bundesgebiet													
Allgemeine Rentenversicherung	18 835	14 502	1 138	596	541	13 364	5 854	7 511	4 333	3 678	337	311	7
Knappschaftliche Rentenversicherung	719	424	40	37	3	384	341	43	295	283	3	9	0
Zusammen	19 554	14 926	1 178	633	544	13 748	6 195	7 553	4 628	3 961	340	320	7
Neue Länder und Berlin-Ost													
Allgemeine Rentenversicherung	4 807	3 752	380	188	192	3 372	1 320	2 052	1 055	841	159	52	3
Knappschaftliche Rentenversicherung	331	226	24	18	6	203	131	72	104	96	4	3	0
Zusammen	5 138	3 978	404	206	198	3 574	1 451	2 124	1 159	938	164	55	3

¹⁾ Ohne ruhende Renten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.4 Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge *)

Stichtag 1.7.	Allgemeine Rentenversicherung			Knappschaftliche Rentenversicherung ¹⁾		
	Versicherten- renten	Witwen- und Witwerrenten	Waisen- renten	Versicherten- renten	Witwen- und Witwerrenten	Waisen- renten
	EUR					
Früheres Bundesgebiet						
Insgesamt						
2006	680	507	158	1 225	752	183
2007	679	507	157	1 204	745	180
2008	685	509	157	1 199	745	178
Männer						
2006	936	213	.	1 286	314	.
2007	933	222	.	1 263	323	.
2008	937	225	.	1 259	323	.
Frauen						
2006	476	531	.	709	756	.
2007	477	532	.	705	749	.
2008	482	535	.	709	750	.
Neue Länder und Berlin-Ost						
Insgesamt						
2006	790	499	163	1 001	631	178
2007	791	504	162	996	632	176
2008	799	508	162	1 003	636	177
Männer						
2006	984	246	.	1 155	307	.
2007	980	259	.	1 142	317	.
2008	981	263	.	1 141	322	.
Frauen						
2006	661	544	.	714	645	.
2007	664	549	.	718	646	.
2008	672	553	.	729	650	.

*) Nach Abzug des Beitrags zur Krankenversicherung der Rentner/-innen und ab 1995 nach Abzug der Pflegeversicherungsbeiträge.

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.5 Laufende Renten der allgemeinen Rentenversicherung am 1.7.2008 nach Höhe und Art der Renten

Monatlicher Rentenzahlbetrag von ... bis unter ... EUR	Ins-gesamt	Versichertenrenten								Renten wegen Todes		
		zu-sammen	Männer	Frauen	Renten wegen vermindert-er Erwerbs-fähigkeit	Renten wegen Alters			zu-sammen ¹⁾	darunter		
						zu-sammen	darunter			Witwen- und Witwerrenten	Waisen-renten	
							Regel-altersrenten	Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit				Altersrenten für Frauen
1 000												
Früheres Bundesgebiet												
unter 50 ..	358	191	107	85	5	186	154	1	15	167	151	16
50 – 251 ..	3 923	2 917	583	2 335	57	2 860	2 647	10	128	1 005	718	287
251 – 501 ..	3 670	2 704	620	2 084	181	2 523	1 736	71	538	966	957	8
501 – 752 ..	4 176	2 756	792	1 963	413	2 342	985	189	888	1 420	1 417	0
752 – 1 002 ..	2 868	2 184	1 110	1 074	333	1 852	645	289	515	684	681	–
1 002 – 1 253 ..	1 957	1 871	1 507	364	119	1 752	511	452	189	86	86	–
1 253 und mehr ..	1 884	1 878	1 732	146	29	1 849	495	555	79	6	6	–
Insgesamt ...	18 835	14 502	6 450	8 052	1 138	13 364	7 173	1 567	2 351	4 333	4 015	311
Neue Länder und Berlin-Ost												
unter 50 ..	32	4	2	2	0	4	3	0	0	28	27	1
50 – 251 ..	243	93	20	73	27	66	59	1	4	150	100	49
251 – 501 ..	714	381	37	344	42	339	224	9	98	333	331	2
501 – 752 ..	1 834	1 401	235	1 166	206	1 196	454	97	569	433	431	0
752 – 1 002 ..	1 142	1 037	549	489	94	943	283	280	257	105	104	–
1 002 – 1 253 ..	545	538	404	134	10	528	169	202	76	7	7	–
1 253 und mehr ..	297	297	260	36	1	296	152	82	17	0	0	–
Insgesamt ...	4 807	3 752	1 508	2 244	380	3 372	1 345	671	1 021	1 055	1 000	52

¹⁾ Einschl. Erziehungsrenten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.6 Laufende Renten der knappschaftlichen Rentenversicherung am 1.7.2008 nach Höhe und Art der Renten

Monatlicher Rentenzahlbetrag von ... bis unter ... EUR	Ins-gesamt ¹⁾	Versichertenrenten								Renten wegen Todes			
		zu-sammen	Männer	Frauen	Renten wegen vermin-dert-er Erwerbs-fähigkeit		Renten wegen Alters			zu-sammen ²⁾	darunter		
					zu-sammen	dar. Renten an Bergleute	zu-sammen	darunter			Witwen- und Witwerrenten	Waisen-renten	
								Regel-altersrenten	Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit				Altersrenten für Frauen
1 000													
Früheres Bundesgebiet													
unter 50 ..	6	3	3	0	0	0	2	2	0	0	4	3	0
50 – 251 ..	48	22	17	5	3	3	19	18	0	0	26	18	8
251 – 501 ..	66	28	19	9	4	2	23	20	1	1	38	37	1
501 – 752 ..	122	40	28	12	8	3	32	20	4	4	82	82	0
752 – 1 002 ..	146	54	43	10	8	1	46	22	10	4	93	93	–
1 002 – 1 253 ..	115	75	71	5	8	0	68	26	17	2	40	40	–
1 253 und mehr ..	216	202	198	4	8	–	194	85	47	1	13	13	–
Insgesamt ...	719	424	378	46	40	9	384	191	80	12	295	286	9
Neue Länder und Berlin-Ost													
unter 50 ..	1	1	1	0	1	1	0	0	–	0	1	1	0
50 – 251 ..	17	6	3	3	4	4	3	3	0	0	11	7	3
251 – 501 ..	27	12	3	9	2	1	9	7	0	1	15	15	0
501 – 752 ..	89	42	12	30	6	0	36	18	5	10	47	47	0
752 – 1 002 ..	84	59	34	25	8	0	51	17	15	10	25	25	–
1 002 – 1 253 ..	55	51	44	7	3	–	49	16	20	3	4	4	–
1 253 und mehr ..	56	55	53	2	0	–	55	22	20	1	1	1	–
Insgesamt ...	331	226	149	77	24	5	203	84	61	26	104	101	3

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

²⁾ Einschl. Erziehungsrenten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.7 Rentenanpassung in der allgemeinen Rentenversicherung

Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten
	%		%		%		%
Früheres Bundesgebiet							
1.1.1959	6,1	1.1.1965	9,4	1.1.1971	5,5	1.7.1976	11,0
1.1.1960	5,94	1.1.1966	8,3	1.1.1972	6,3	1.7.1977	9,9
1.1.1961	5,4	1.1.1967	8,0	1.7.1972	9,5	1.1.1979	4,5
1.1.1962	5,0	1.1.1968	8,1	1.7.1973	11,35	1.1.1980	4,0
1.1.1963	6,6	1.1.1969	8,3	1.7.1974	11,2	1.1.1981	4,0
1.1.1964	8,2	1.1.1970	6,35	1.7.1975	11,1	1.1.1982	5,76

Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten ¹⁾	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten ¹⁾	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten ¹⁾	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten ¹⁾
	%		%		%		%
Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			
1.7.1983	5,59	1.7.1997	1,65	1.1.1991	15,0	1.7.1999	2,79
1.7.1984	3,4	1.7.1998	0,44	1.7.1991	15,0	1.7.2000	0,6
1.7.1985	3,0	1.7.1999	1,34	1.1.1992	11,65	1.7.2001	2,11
1.7.1986	2,9	1.7.2000	0,6	1.7.1992	12,73	1.7.2002	2,89
1.7.1987	3,8	1.7.2001	1,91	1.1.1993	6,1	1.7.2003	1,19
1.7.1988	3,0	1.7.2002	2,16	1.7.1993	14,12	1.7.2004 ²⁾	-
1.7.1989	3,0	1.7.2003	1,04	1.1.1994	3,64	1.7.2005 ²⁾	-
1.7.1990	3,1	1.7.2004 ²⁾	-	1.7.1994	3,45	1.7.2006 ²⁾	-
1.7.1991	4,7	1.7.2005 ²⁾	-	1.1.1995	2,78	1.7.2007	0,54
1.7.1992	2,87	1.7.2006 ²⁾	-	1.7.1995	2,48	1.7.2008	1,1
1.7.1993	4,36	1.7.2007	0,54	1.1.1996	4,38	1.7.2009	3,38
1.7.1994	3,39	1.7.2008	1,1	1.7.1996	1,21		
1.7.1995	0,5	1.7.2009	2,41	1.7.1997	5,53		
1.7.1996	0,95			1.7.1998	0,89		

¹⁾ Vor Abzug der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge der Rentner/-innen.

²⁾ Keine Rentenanpassung.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.8 Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt und aktueller Rentenwert in der allgemeinen Rentenversicherung

Jahr	Durchschnittl. Bruttojahresarbeitsentgelt	Aktueller Rentenwert ¹⁾	Jahr	Durchschnittl. Bruttojahresarbeitsentgelt ²⁾	Aktueller Rentenwert ¹⁾	Jahr	Durchschnittl. Bruttojahresarbeitsentgelt ²⁾	Aktueller Rentenwert ¹⁾
	EUR			EUR			EUR	
Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost					
1991	22 712	21,19	1991	.	10,79	2005	.	22,97
1992	23 939	21,80	1992	.	12,05 ⁵⁾	2006	.	22,97
1993	24 633	22,75	1992	.	13,59	2007	.	23,09
1994	25 126	23,52	1993	.	14,41 ⁵⁾	2008	.	23,34
1995	25 905	23,64	1993	.	16,45	2009	.	24,13
1996	26 423	23,86	1994	.	17,05 ⁵⁾			
1997	26 660	24,26	1994	.	17,63			
1998	27 060	24,36	1995	.	18,13 ⁵⁾			
1999	27 358	24,69	1995	.	18,58			
2000	27 741	24,84	1996	.	19,39 ⁵⁾			
2001	28 231	25,31	1996	.	19,62			
		25,31406 ³⁾	1997	.	20,71			
2002	28 626	25,86	1998	.	20,90			
2003	28 938	26,13	1999	.	21,48			
2004	29 060	26,13	2000	.	21,61			
2005	29 202	26,13	2001	.	22,06			
2006	29 494	26,13	2001	.	22,06224 ⁴⁾			
2007	29 951	26,27	2002	.	22,70			
2008	30 084 ⁴⁾	26,56	2003	.	22,97			
2009	30 879 ⁴⁾	27,20	2004	.	22,97			

¹⁾ Jeweils 1.7.

²⁾ Das bei dem früheren Bundesgebiet ausgewiesene Durchschnittsentgelt gilt auch für die neuen Länder und Berlin-Ost.

³⁾ Originalwert laut SGB VI § 255.

⁴⁾ Vorläufiges Durchschnittsentgelt i. S. des § 69 Abs. 2 Nr. 2 SGB VI.

⁵⁾ Jeweils 1.1.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn
 Umrechnungen in Euro bis 2000 durch das Statistische Bundesamt, Wiesbaden

8 Sozialeleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.9 Einnahmen, Ausgaben und Vermögen 2007

Versicherungszweig	Einnahmen					Ausgaben							Vermögen ³⁾
	insgesamt	Beiträge	Zahlungen aus öffentlichen Mitteln	Vermögenserträge	sonstige Einnahmen ¹⁾	insgesamt	Verwaltungs- und Verfahrenskosten	Aufwendungen für Leistungen	davon			sonstige Ausgaben ¹⁾	
									ausgezahlte Renten ²⁾	Leistungen zur Teilhabe	Aufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner		
Mill. EUR													
Insgesamt	256 405	174 726	67 623	398	13 658	249 497	3 573	237 617	218 259	4 820	14 538	8 308	17 612
davon:													
Allgemeine Rentenversicherung . .	241 815	173 772	61 327	390	6 325	234 907	3 452	223 628	205 264	4 698	13 666	7 828	16 998
Knappschaftl. Rentenversicherung .	14 590	953	6 296	8	7 333	14 590	121	13 989	12 995	121	873	480	614

¹⁾ Einschl. Zahlungen im Finanzverbund mit den anderen Rentenversicherungszweigen.

²⁾ Rentenleistungen an Versicherte, Witwen/Witwer (einschl. Witwen-/Witwerabfindungen sowie Zusatzleistungen) und Waisen.

³⁾ Bar- und Anlagevermögen am Jahresende (von Doppelzählungen bereinigt).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.5 Zusatzversicherungen *)

Jahr	Versicherte	Rentenbestand		Einnahmen			Ausgaben						Vermögen ¹⁾
		Versichertenrenten	Hinterbliebenenrenten	insgesamt	darunter		insgesamt	Verwaltungs-kosten	Aufwendungen für Leistungen	darunter		Sonstige Ausgaben	
					Umlagen und Beiträge	Vermögenserträge				Versichertenrenten	Hinterbliebenenrenten		
		Anzahl		Mill. EUR									
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder													
2006	1 807 891	879 335	202 967	4 959	4 351	543	4 487	69	4 165	3 663	477	253	12 388
2007	1 800 323	899 031	202 903	4 886	4 249	549	4 708	68	4 246	3 735	492	394	12 856
2008 ²⁾	1 796 228	918 779	211 682	5 324	4 668	588	5 143	74	4 332	3 805	513	737	13 461
seit 1.10.2005 Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (Zusatzversicherung)													
2006	51 916	81 346	52 350	630	126	1	633	12	612	440	172	9	83
2007	49 928	80 216	51 542	618	125	1	618	11	603	431	172	4	80
2008	48 013	78 490	50 377	623	130	2	619	11	605	427	178	3	84
Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost													
2006	454 552	11 739	4 937	24	0	21	70	-	67	47	17	3	420
2007	451 609	9 124	5 489	18	0	14	65	-	58	43	15	7	371
2008	445 752	8 976	5 269	20	0	17	60	-	51	37	14	9	331

*) Ohne Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen, Versorgungsanstalt Deutscher Kulturorchester, Versorgungsanstalt Deutscher Bühnen sowie ohne kommunale Zusatzversicherungseinrichtungen.

¹⁾ Bestand am Jahresende.

²⁾ Vorläufiges Ergebnis.

Quellen: Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe; Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Frankfurt am Main; Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost, Stuttgart

8.6 Alterssicherung der Landwirte

Jahr	Versicherte am Jahresende			Rentenempfänger/-innen am Jahresende				Einnahmen ²⁾			Ausgaben ²⁾					
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter			insgesamt	darunter		insgesamt	darunter				
		Landwirte im Sinne des § 1 Abs. 2 ALG ¹⁾	Landwirte im Sinne des § 1 Abs. 3 ALG ¹⁾		Regelaltersrenten	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Renten an Witwen und Witwer		Beiträge	Bundemittel		Regelaltersrenten	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Renten an Witwen und Witwer	Beitragszuschüsse, -übernahmen	Verwaltungs- u. Verfahrenskosten
		Anzahl			Mill. EUR											
2006	291 477	186 790	91 431	627 741	323 283	72 948	194 047	3 049	686	2 343	3 056	1 609	366	750	109	81
2007	281 429	181 588	87 349	628 908	326 155	68 685	192 770	3 006	679	2 307	2 995	1 594	338	744	89	79
2008	272 287	176 824	83 538	627 294	326 682	64 876	191 118	2 977	683	2 273	2 966	1 584	319	740	81	79

¹⁾ Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte.

²⁾ 2008 vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.7 Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung
 8.7.1 Pflegebedürftige 2007 *)

Gegenstand der Nachweisung	Pflegebedürftige		Pflegestufe			Bisher ohne Zuordnung	Anteil an Pflegebedürftigen insgesamt
	insgesamt	dar. weiblich	I	II	III ¹⁾		
	Anzahl	%	Anzahl			%	
Pflegebedürftige zu Hause versorgt	1 537 518	63,8	903 373	487 529	146 616	–	68,4
davon:							
allein durch Angehörige ²⁾	1 033 286	61,3	638 846	308 997	85 443	–	46,0
durch ambulante Pflegedienste	504 232	68,8	264 527	178 532	61 173	–	22,4
Pflegebedürftige in Heimen	709 311 ³⁾	75,8	253 406	299 936	145 136	10 833	31,6
Insgesamt . . .	2 246 829	67,6	1 156 779	787 465	291 752	10 833	100

*) Stand zum Jahresende.

¹⁾ Einschl. Härtefälle.

²⁾ Entspricht den Empfängern/-innen von ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI. Empfänger/

-innen von Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI sind dagegen in den ambulanten Pflegediensten enthalten.

³⁾ Davon erhalten 671 080 vollstationäre Dauerpflege.

8.7.2 Pflegebedürftige 2007 nach dem Alter *)

Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Pflegebedürftige				Anteil an jeweiliger Bevölkerungsgruppe (Pflegequote)		
	davon		insgesamt	dar. weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	zu Hause versorgt	in Heimen					
Anzahl				%			
unter 15	62 912	252	63 164	29 214	0,6	0,6	0,5
15 – 60	219 711	33 117	252 828	122 142	0,5	0,5	0,5
60 – 65	53 356	16 177	69 533	33 629	1,6	1,7	1,6
65 – 70	104 168	35 069	139 237	68 796	2,6	2,8	2,5
70 – 75	152 245	52 277	204 522	111 801	4,8	4,8	4,9
75 – 80	218 627	84 819	303 446	190 025	10,0	8,9	10,7
80 – 85	290 773	147 965	438 738	324 972	20,0	15,6	22,2
85 – 90	268 379	178 925	447 304	359 275	37,2	27,5	40,7
90 und mehr	167 347	160 710	328 057	278 029	61,6	38,9	68,8
Insgesamt . . .	1 537 518	709 311	2 246 829	1 517 883	2,7	1,8	3,6

*) Stand zum Jahresende.

8.7.3 Zugelassene Pflegeheime

Jahr (Stichtag 15.12.)	Pflegeheime		Davon nach dem Träger des Heims			Verfügbare Plätze		Durchschnittliche Vergütung für vollstationäre Dauerpflege				Personal insgesamt
	insgesamt	dar. Heime mit vollstationärer Dauerpflege ¹⁾	private	freigemeinnützige	öffentliche	insgesamt	dar. Plätze für vollstationäre Dauerpflege	Pflegesatz der Pflegeklasse			Unterkunft und Verpflegung	
								I	II	III		
Anzahl								EUR pro Person und Tag				Anzahl
1999	8 859	8 073	3 092	5 017	750	645 456	621 502	38	50	65	18	440 940
2001	9 165	8 331	3 286	5 130	749	674 292	648 543	39	52	66	19	475 368
2003	9 743	8 775	3 610	5 405	728	713 195	683 941	41	55	69	19	510 857
2005	10 424	9 414	3 974	5 748	702	757 186	726 448	42	56	70	19	546 397
2007	11 029	9 919	4 322	6 072	635	799 059	765 736	43	57	71	20	573 545

¹⁾ Das Angebot der anderen Heime setzt sich aus Kurzzeit-, Tages- und/oder Nachtpflege zusammen.

8.7.4 Zugelassene ambulante Pflegedienste

Jahr (Stichtag 15.12.)	Pflegedienste insgesamt	Davon nach dem Träger des Dienstes			Darunter Pflegedienste, die auch andere Sozialleistungen anbieten	Und zwar ¹⁾			Personal insgesamt
		private	freigemeinnützige	öffentliche		häusliche Krankenpflege o. Haushaltshilfe (SGB V)	Hilfe zur Pflege (SGB XII)	sonstige ambulante Hilfeleistungen	
1999	10 820	5 504	5 103	213	10 633	10 389	6 979	5 350	183 782
2001	10 594	5 493	4 897	204	10 463	10 247	7 281	5 272	189 567
2003	10 619	5 849	4 587	183	10 501	10 284	7 487	5 219	200 897
2005	10 977	6 327	4 457	193	10 866	10 650	5 841	4 726	214 307
2007	11 529	6 903	4 435	191	11 431	11 204	6 946	5 140	236 162

¹⁾ Mehrfachnennungen möglich.

8 Sozialleistungen
 8.7 Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung
 8.7.5 Personal in Pflegeheimen 2007 *)

Berufsabschluss	Personal		Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegeheim					
	insgesamt	dar. weiblich in %	Pflege und Betreuung	soziale Betreuung	Hauswirtschaftsbereich	haustechnischer Bereich	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
staatlich anerkannte/r Altenpfleger/-in	133 927	85	129 560	1 761	240	35	2 087	244
staatlich anerkannte/r Altenpflegehelfer/-in	21 654	90	21 139	237	178	9	53	38
Krankenschwester, Krankenpfleger	61 519	90	57 908	783	163	23	2 401	241
Krankenpflegehelfer/-in	18 606	90	18 193	179	152	5	25	52
Kinderkrankenschwester, Kinderkrankenpfleger	3 996	97	3 633	108	58	5	180	12
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	2 550	81	1 994	455	31	3	42	25
Heilerziehungspflegehelfer/-in	465	76	363	84	7	7	1	3
Heilpädagogin, Heilpädagoge	349	87	86	216	2	1	35	9
Ergotherapeut/-in	5 596	90	1 443	3 907	40	2	21	183
Physiotherapeut/in (Krankengymnast/in)	948	83	485	295	23	7	31	107
sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	3 624	85	2 172	713	214	50	404	71
sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	6 605	79	1 119	4 145	110	20	1 130	81
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 431	95	1 199	140	55	-	25	12
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	217	85	127	36	14	1	38	1
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	3 260	77	1 982	177	50	5	959	87
sonstiger pflegerischer Beruf	33 435	92	31 945	611	684	19	101	75
Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	3 494	90	590	54	2 749	31	47	23
sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	33 083	87	5 046	471	24 825	898	1 317	526
sonstiger Berufsabschluss	135 470	81	50 397	5 146	42 880	11 563	21 092	4 392
ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung	103 316	82	64 391	2 887	30 072	2 373	1 765	1 828
Insgesamt	573 545	85	393 772	22 405	102 547	15 057	31 754	8 010

*) Stichtag 15.12.2007.

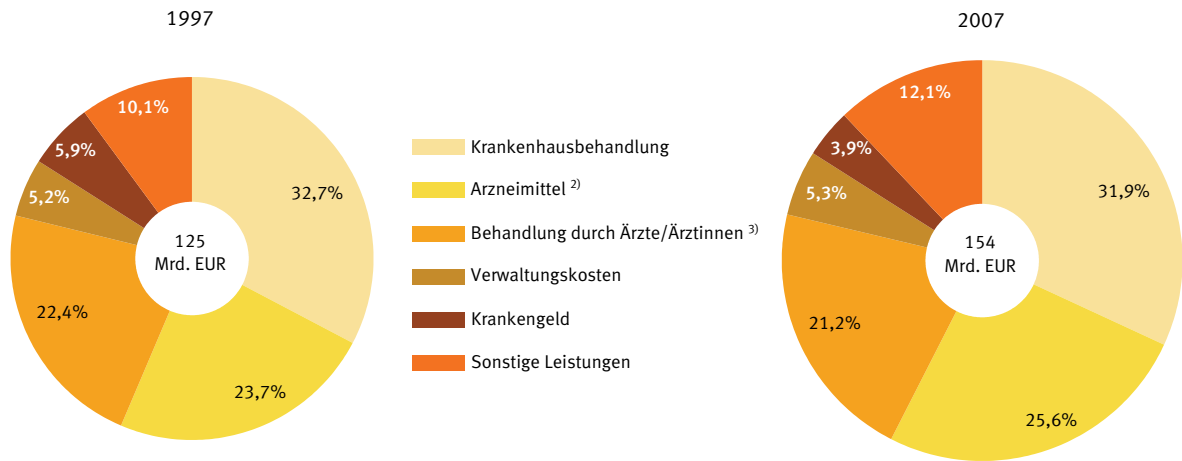
8.7.6 Personal in Pflegediensten 2007 *)

Berufsabschluss	Personal		Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegedienst				
	insgesamt	dar. weiblich in %	Pflegedienstleitung	Grundpflege	Hauswirtschaftliche Versorgung	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
staatlich anerkannte/r Altenpfleger/-in	44 975	87	2 939	39 810	465	701	1 060
staatlich anerkannte/r Altenpflegehelfer/-in	6 077	92	115	5 369	443	41	109
Krankenschwester, Krankenpfleger	78 184	89	10 131	62 200	834	2 005	3 014
Krankenpflegehelfer/-in	10 182	91	63	9 081	812	107	119
Kinderkrankenschwester, Kinderkrankenpfleger	7 295	98	921	5 554	97	145	578
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	859	80	17	683	69	20	70
Heilerziehungspflegehelfer/-in	199	72	1	131	24	6	37
Heilpädagogin, Heilpädagoge	102	85	6	43	16	28	9
Ergotherapeut/-in	297	89	6	173	32	5	81
Physiotherapeut/in (Krankengymnast/in)	431	89	-	306	43	33	49
sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	2 835	92	39	1 897	390	354	155
sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	1 535	82	43	543	172	359	418
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 480	98	8	994	373	22	83
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	201	93	19	91	70	8	13
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	1 944	88	357	1 081	238	183	85
sonstiger pflegerischer Beruf	17 043	93	64	13 183	3 399	147	250
Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	1 451	97	1	544	877	13	16
sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	9 094	92	27	2 792	5 134	581	560
sonstiger Berufsabschluss	36 966	84	97	11 934	14 307	7 083	3 545
ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung	15 012	71	5	7 171	5 345	508	1 983
Insgesamt	236 162	88	14 859	163 580	33 140	12 349	12 234

*) Stichtag 15.12.2007.

8 Sozialleistungen

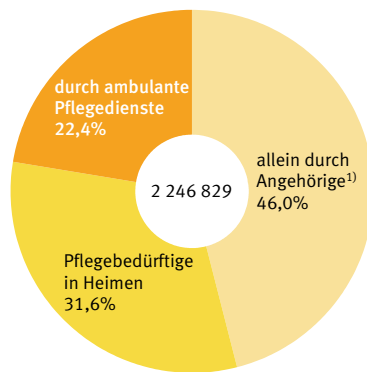
Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung ¹⁾



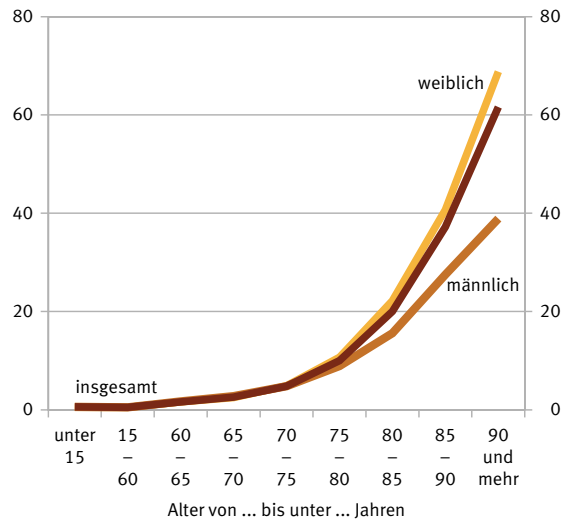
1) Ohne Ausgaben des Risikostrukturausgleichs. – 2) Einschl. Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz. – 3) Einschl. Zahnärzten/Zahnärztinnen.

Pflegebedürftige im Rahmen der Pflegeversicherung 2007

Nach Versorgungsart



Nach Pflegequote und Alter



1) Entspricht den Empfängern/-innen von ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI. Empfänger/-innen von Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI sind dagegen in den ambulanten Pflegediensten enthalten.

8 Soziale Leistungen
8.8 Soziale Pflegeversicherung *)

Jahr	Ver-sicherte am 1.10.	Leistungsempfänger/-innen am Jahresende						Einnahmen		Ausgaben						Verwal-tungs- u. sonstige Ausgaben
		ins-gesamt	Pflegestufe			ambu-lant ¹⁾ *)	voll-stationär	ins-gesamt	dar. Beitrags-ein-nahmen	ins-gesamt	Leistungsausgaben					
			I	II	III (einschl. Härtefälle)						zu-sammen	Pflege-geld	Pflege-sach-leistung	voll-stationäre Pflege ²⁾	übrige Leistungs-ausgaben	
1 000						Mill. EUR										
2006	70 390	1 969	1 033	683	252	1 310	659	17 749	17 611	18 065	17 174	4 017	2 437	8 671	2 049	890
2007	70 371	2 029	1 078	693	258	1 358	671	18 035	17 872	18 388	17 476	4 050	2 475	8 831	2 120	910
2008	70 241	2 113	1 137	713	264	1 433	681	19 785	19 608	19 163	18 219	4 225	2 605	9 054	2 335	944

*) Ohne private Pflegeversicherung.

¹⁾ Anstieg 2007 und 2008 infolge verbesserter Erfassung überzeichnet.

²⁾ Einschl. teilstationärer Pflege und Kurzzeitpflege.

³⁾ Ohne vollstationäre Pflege in Behindertenheimen.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.9 Arbeitsförderung und Grundsicherung für Arbeitsuchende

8.9.1 Leistungsempfänger und Leistungsempfängerinnen

Jahresdurchschnitt	Arbeitsförderung nach SGB III									Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II					
	Arbeitslosengeld			Arbeitslosengeld bei Weiterbildung			Kurzarbeitergeld			Arbeitslosengeld II ¹⁾			Sozialgeld ¹⁾		
	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich
1 000															
Deutschland															
2006	1 445	800	645	61	30	30	67	51	16	5 362	2 654	2 708	1 983	1 018	965
2007	1 080	576	504	52	26	26	68	58	11	5 311	2 621	2 690	1 971	1 012	959
2008	916	494	422	52	27	25	102	84	17	5 011	2 434	2 576	1 897	974	923
Früheres Bundesgebiet²⁾															
2006	1 023	561	462	43	22	21	54	42	12	3 445	1 674	1 770	1 416	727	689
2007	769	406	363	38	19	18	52	44	8	3 414	1 655	1 759	1 407	722	685
2008	647	346	302	38	20	18	80	67	13	3 240	1 542	1 698	1 352	694	659
Neue Länder															
2006	423	239	183	17	9	9	13	9	4	1 917	979	938	567	291	276
2007	311	169	142	14	7	7	16	14	3	1 898	967	931	564	290	274
2008	269	149	121	14	7	6	22	18	4	1 770	892	878	545	280	265

¹⁾ Hochgerechnete Zahlen für das Bundesgebiet, 2007 und 2008 teilweise geschätzt.

²⁾ Ohne Angaben für Berlin.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

8.9.2 Einnahmen und Ausgaben im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit

Jahr	Einnahmen		Ausgaben										Mittel des Bundes				
	ins-gesamt	dar. Beiträge	ins-gesamt	Leistungen der aktiven Arbeitsförderung				Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts bei Arbeitslosigkeit und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers, Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung sowie Aussteuerungsbetrag			sonstige Ausgaben zur Erfüllung der Aufgaben der Bundesagentur einschl. Verwaltungsaufwendungen						
				zu-sammen	benach-teiligte Auszu-bildende	Arbeits-losengeld bei beruf-licher Weiter-bildung	Grün-dungs-zuschüsse (GZ, Phasen I + II)	zu-sammen	darunter		zu-sammen	davon					
									Arbeits-losig-keit/Erst. an ausl. Ver-sicherte	Insolvenz-geld		Ein-nahmen	Ein-zugs-stellenver-gütung	Ver-waltungs-ausgaben für SGB III	Ver-waltungs-ausgaben für SGB II ¹⁾	Ausgaben für Lei-stungen nach SGB II, Arbeits-losengeld II und Sozialgeld	
Mill. EUR																	
2006	55 384	51 176	44 169	11 121	808	714	83	27 218	22 899	836	5 831	488	3 252	2 090	1	191	23 045
2007	42 838	32 264	36 196	10 424	707	748	1 224	19 765	16 934	697	6 007	481	3 415	2 112	2	6 732	19 831
2008	38 289	26 452	39 407 ²⁾	10 740	737	739	1 494	19 692	13 864	654	6 474	482	4 013	1 979	4	7 888	18 897

¹⁾ Ab 2005 erfolgt im Bundesagentur-Haushalt die gesonderte Buchung der SGB II-Verwaltungs-ausgaben.

²⁾ Einschl. 2,5 Mrd. Euro (Einmaleffekt durch die Zuführung zum Versorgungsfonds, aus dem die künftigen Beamtenpensionen bezahlt werden sollen).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

8 Sozialeleistungen
8.10 Kindergeld *)

Jahr	Berechtigte ¹⁾			Kinder, für die an die Empfangsberechtigten Kindergeld gezahlt wurde ¹⁾						Aus- gezahlte Beträge
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insgesamt ²⁾	davon waren					
					1.	2.	3.	4.	5. und weitere	
					Kinder					
1 000										Mill. EUR
2007	9 106	8 000	1 106	15 024	9 062	4 427	1 137	279	118	29 262
2008	8 951	7 874	1 077	14 767	8 913	4 349	1 115	274	116	28 886

*) Ohne Angaben für Bedienstete von Bund, Ländern und Gemeinden/Gv.
1) Stand: Dezember.

2) In den Summen können sich Abweichungen durch Rundungen ergeben.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

8.11 Elterngeld für im Jahr 2007 geborene Kinder, bewilligte Anträge Januar 2007 – Juni 2008

Land	Bewilligte Anträge ¹⁾	Davon (Sp.1)			Und zwar (Sp.1) Grundlage der Berechnung des zustehenden Monatsbetrags (§ 2 BEEG) ²⁾				Davon (Sp. 1) voraussichtliche Bezugsdauer des Elterngeldes ³⁾		
		männlich		weiblich	Ersatz von Erwerbs- einkommen (Abs. 1)	Gering- verdienst- zuschlag (Abs. 2)	Reduzierung des Einkommens (Abs. 3)	Min- destbetrag (Abs. 5)	bis zu 6 Monaten	7 bis 12 Monate	13 bis 14 Monate
		zusammen	Anteil in %								
Baden-Württemberg	100 534	12 803	12,7	87 731	30 997	21 876	7 226	46 617	12 015	86 625	1 894
Bayern	122 348	20 048	16,4	102 300	49 356	27 649	11 256	49 278	20 014	99 863	2 471
Berlin	34 688	5 946	17,1	28 742	11 337	6 947	2 014	17 482	5 811	28 317	560
Brandenburg	21 301	3 422	16,1	17 879	7 200	6 023	836	8 735	3 426	17 366	509
Bremen	5 938	772	13,0	5 166	1 440	1 238	194	3 437	750	5 104	84
Hamburg	18 299	2 762	15,1	15 537	7 160	3 646	1 601	8 076	2 771	15 097	431
Hessen	57 818	7 828	13,5	49 990	20 631	11 777	4 138	26 894	8 013	48 898	907
Mecklenburg-Vorpommern	14 085	1 868	13,3	12 217	3 901	4 047	1 086	6 569	1 774	11 795	516
Niedersachsen ⁴⁾	70 356	8 609	12,2	61 747	18 983	17 161	3 391	35 832	8 407	60 820	1 129
Nordrhein-Westfalen	161 880	19 843	12,3	142 037	50 255	27 810	8 597	83 907	20 813	139 514	1 553
Rheinland-Pfalz	35 182	4 216	12,0	30 966	10 593	8 257	1 483	17 567	4 401	30 200	581
Saarland	7 465	492	6,6	6 973	2 121	1 699	240	3 701	431	6 979	55
Sachsen	38 729	6 068	15,7	32 661	11 251	11 868	2 018	15 907	5 949	31 880	900
Sachsen-Anhalt	18 848	2 401	12,7	16 447	5 323	5 627	852	8 699	2 215	16 189	444
Schleswig-Holstein	24 866	3 061	12,3	21 805	8 219	6 898	2 400	11 452	2 837	21 596	433
Thüringen	19 604	3 013	15,4	16 591	6 043	5 984	887	8 366	2 915	16 037	652
Deutschland	751 941	103 152	13,7	648 789	244 810	168 507	48 219	352 519	102 542	636 280	13 119
Nachrichtlich:											
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	604 686	80 434	13,3	524 252	199 755	128 011	40 526	286 761	80 452	514 696	9 538
Neue Länder ohne Berlin	112 567	16 772	14,9	95 795	33 718	33 549	5 679	48 276	16 279	93 267	3 021

1) Januar 2007 bis Juni 2008.
2) Mehrfachnennungen möglich. – Siehe hierzu auch »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen«
am Anfang dieses Kapitels.

3) Ohne Berücksichtigung der Inanspruchnahme der Verlängerungsoption.
4) Geringfügige Untererfassung.

8 Sozialleistungen
8.12 Kriegsofferversorgung
8.12.1 Anerkannte Versorgungsberechtigte

Stichtag 1.1.	Insgesamt ¹⁾	Beschädigte			Witwen und Witwer	Halbwaisen	Vollwaisen	Elternteile	Elternpaare ⁴⁾
		zusammen	Leicht-beschädigte ²⁾	Schwer-beschädigte ³⁾					
	1 000								
2007	470	222	122	100	237	4	7	0	0
2008	422	201	112	89	211	4	6	0	0
2009	378	181	102	80	186	4	6	0	0

¹⁾ Personen mit Anspruch auf laufende Versorgungsbezüge (Renten, Beihilfen, Härteausgleich), einschl. der Fälle, in denen das Recht auf Versorgung ganz oder teilweise ruht.
²⁾ Beschädigte mit einem Grad der Behinderung bis unter 50.

³⁾ Beschädigte mit einem Grad der Behinderung von 50 und mehr.
⁴⁾ Zahl der Personen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.12.2 Ausgaben

Jahr	Ausgaben insgesamt ¹⁾	Verwaltung	Leistungen für Versorgungsberechtigte							nach anderen Gesetzen ²⁾
			zusammen	nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)						
				Renten an				Heilbehandlung	sonstiges	
				Beschädigte	Witwen und Witwer	Waisen	Eltern			
Mill. EUR										
2006	2 769	278	2 491	911	1 061	30	1	295	39	156
2007 ³⁾	2 516	279	2 237	907	836	24	0	274	38	157
2008 ³⁾	2 332	280	2 052	896	668	21	0	274	37	155

¹⁾ Ohne Kriegsofferversorge.

²⁾ Häftlingshilfegesetz, Soldatenversorgungsgesetz, Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen, Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer und Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten.

³⁾ Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.13 Kriegsofferversorge *)

Jahr	Hilfeart nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)										
	insgesamt	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und ergänzende Leistungen	Krankenhilfe	Hilfe zur Pflege	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	Altenhilfe	Erziehungsbeihilfe	ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	Erholungshilfe	Wohnungshilfe	Hilfen in besonderen Lebenslagen

Empfänger und Empfängerinnen laufender Leistungen am Jahresende ¹⁾

2002	84 911	769	–	28 333	2 272	7 588	172	9 928	–	–	35 849
2004	76 055	1 351	–	24 704	2 122	4 879	235	9 759	–	–	33 005
2006	59 849	347	–	20 532	1 289	4 557	180	6 202	–	–	26 742

Empfänger und Empfängerinnen einmaliger Leistungen im Laufe des Jahres ¹⁾

2002	92 539	403	1 617	1 653	289	47 504	99	16 276	20 634	610	3 454
2004	68 743	258	1 426	1 522	347	35 452	122	12 181	13 698	622	3 115
2006	40 694	170	1 151	3 015	407	20 080	49	2 999	8 856	534	3 433

Ausgaben in 1 000 EUR ²⁾

2002	591 132	6 837	626	342 096	5 098	7 875	788	36 415	21 232	2 358	167 805
2004	588 102	6 333	421	348 654	3 795	6 682	531	28 073	14 696	2 068	176 848
2006	530 736	4 408	314	295 057	2 876	5 638	672	27 819	9 950	1 727	182 276

*) Leistungen für Berechtigte im In- und Ausland.

¹⁾ Personen, die Hilfe verschiedener Art erhielten, wurden bei jeder Hilfeart gezählt.

²⁾ Den Ausgaben stehen 2002 Einnahmen in Höhe von 193 Mill. Euro, 2004 von 178 Mill. Euro und 2006 von 175 Mill. Euro gegenüber.

8 Sozialleistungen
 8.14 Sozialhilfe
 8.14.1 Empfänger und Empfängerinnen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Stichtag 31.12. Alter von ... bis unter ... Jahren	Empfänger/Empfängerinnen			Deutsche			Nichtdeutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt									
1 000									
2005	273	133	140	256	125	131	17	9	9
2006	306	150	156	288	141	148	18	9	9
2007	312	156	156	295	147	148	17	9	8
außerhalb von Einrichtungen am 31.12.2007									
1 000									
unter 15	15	8	7	13	6	6	2	1	1
15 – 65	69	37	33	61	32	28	9	4	4
65 und mehr	4	2	2	4	1	2	1	0	0
Zusammen ...	88	46	42	77	40	37	11	6	6
in Einrichtungen am 31.12.2007									
1 000									
unter 15	5	3	2	5	3	2	0	0	0
15 – 65	137	83	54	134	81	53	4	2	1
65 und mehr	81	24	58	80	23	57	2	1	1
Zusammen ...	224	110	114	218	107	112	6	3	2

8.14.2 Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Stichtag 31.12. Alter von ... bis unter ... Jahren Ort der Hilfestellung	Empfänger/Empfängerinnen			Deutsche			Nichtdeutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt									
1 000									
2005 ¹⁾	630	269	362	539	229	310	91	40	52
2006 ²⁾	672	290	382	576	248	328	96	42	54
2007	733	319	414	629	275	354	103	44	59
Grundsicherung bei Erwerbsminderung am 31.12.2007									
1 000									
18 – 65	340	189	151	316	177	139	24	12	12
davon:									
außerhalb von Einrichtungen	219	118	101	198	108	90	21	10	11
in Einrichtungen	121	71	50	118	69	49	3	2	1
Grundsicherung im Alter am 31.12.2007									
1 000									
65 und mehr	392	130	263	313	98	215	79	32	48
davon:									
außerhalb von Einrichtungen	329	110	219	252	79	172	78	31	46
in Einrichtungen	63	19	44	61	19	43	2	1	1
Anteil an der Bevölkerung in % ³⁾									
18 – 65	0,7	0,7	0,6	0,7	0,8	0,6	0,4	0,4	0,4
65 und mehr	2,4	1,9	2,7	2,0	1,5	2,3	13,0	9,7	16,8
Zusammen ...	1,1	1,0	1,2	1,0	0,9	1,1	1,7	1,4	2,0

¹⁾ Einschl. hochgerechneter Strukturdaten für Bremen.

²⁾ Ohne Angaben für Bremen. – Aufgrund von Software-Problemen konnte Bremen keine differenzierten Daten liefern. Mit den von Bremen gelieferten Eckdaten steigt die Anzahl der Empfänger/-innen insgesamt auf rund 682 000.

³⁾ Anteil an der entsprechenden Altersgruppe; Bevölkerungsstand am 31.12.2007.

8 Sozialleistungen
 8.14 Sozialhilfe
 8.14.3 Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des Zwölften Sozialgesetzbuches (SGB XII) 2007 *)

Hilfeart	Empfänger/Empfängerinnen			Außerhalb von Einrichtungen			In Einrichtungen		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	1 000								
Insgesamt ^{1) 2)}	1 108	566	542	413	223	190	744	371	373
und zwar: ²⁾									
Hilfen zur Gesundheit (5. Kapitel SGB XII) ³⁾	52	25	26	34	17	17	19	9	10
nachrichtlich:									
Anspruchsberechtigte nach § 264 SGB V ⁴⁾	110	57	53	X	X	X	X	X	X
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kapitel SGB XII) ¹⁾	672	406	266	249	150	99	461	278	182
und zwar Leistungen:									
zur medizinischen Rehabilitation	15	10	5	11	7	4	4	3	1
zur Teilhabe am Arbeitsleben	7	4	3	2	1	1	5	3	2
in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen	235	138	97	X	X	X	235	138	97
zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	436	263	173	205	123	82	243	148	96
und zwar:									
Heilpädagogische Leistungen für Kinder	129	86	44	87	58	29	45	30	15
Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten	16	9	7	2	1	1	13	7	6
Hilfen zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglich-									
keiten, und zwar in	264	155	109	92	52	40	176	105	70
einer eigenen Wohnung (ambulant betreut)	82	46	36	82	46	36	X	X	X
einer Wohngemeinschaft (ambulant betreut)	11	7	4	11	7	4	X	X	X
einer Wohn Einrichtung	176	105	70	X	X	X	176	105	70
Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben	73	41	32	21	10	11	53	31	22
Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung	59	37	22	19	12	7	41	25	15
Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII) ^{1) 3)}	351	113	239	90	35	55	266	79	186
und zwar Pflegegeld:									
bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	23	9	14	23	9	14	X	X	X
bei schwerer Pflegebedürftigkeit	14	5	9	14	5	9	X	X	X
bei schwerster Pflegebedürftigkeit	6	3	3	6	3	3	X	X	X
angemessene Aufwendungen der Pflegeperson	11	4	7	11	4	7	X	X	X
angemessene Beihilfen	18	7	11	18	7	11	X	X	X
Kostenübernahme für Heranziehung einer bes. Pflegekraft	39	14	25	39	14	25	X	X	X
Hilfsmittel	8	3	5	8	3	5	X	X	X
Teilstationäre Pflege und Kurzzeitpflege	7	2	4	X	X	X	7	2	4
Vollstationäre Pflege	261	78	183	X	X	X	261	78	183
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfe in anderen Lebenslagen (8. und 9. Kapitel SGB XII)	78	42	35	59	29	29	20	14	6

*) Empfänger/-innen von Leistungen im Laufe des Jahres.

¹⁾ Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

²⁾ Ohne Angaben für Bremen. – Aufgrund von Software-Problemen konnte Bremen keine differenzierten Daten liefern.

³⁾ Unmittelbar vom Sozialamt erbrachte Leistungen.

⁴⁾ Bei Bedarf Hilfen zur Gesundheit mittelbar über die Krankenkassen; diese Personen werden beim Insgesamt-Ergebnis nicht als Empfänger/-innen gezählt.

⁵⁾ Ohne ca. 14 500 Fälle, die in Nordrhein-Westfalen aus software-technischen Gründen nicht zur Statistik gemeldet wurden.

8.14.4 Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe

Jahr	Ausgaben (brutto)							Einnahmen	Reine Ausgaben (netto)	
	insgesamt	davon					insgesamt		je Einwohner ²⁾	
		Hilfe zum Lebensunterhalt	Grund-sicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Hilfen zur Gesundheit ¹⁾	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	Hilfe zur Pflege				Hilfen zur Überwindung bes. sozialer Schwierigkeiten und Hilfe in anderen Lebenslagen
	Mill. EUR								EUR	
2005	19 949	1 163	2 864	1 095	11 288	3 152	386	2 369	17 579	213,18
2006	20 483	1 065	3 158	946	11 804	3 120	390	2 373	18 110	219,87
2007	21 128	1 088	3 558	949	11 914	3 217	402	2 290	18 838	229,00

¹⁾ Einschl. der Erstattungen an Krankenkassen für Leistungen nach § 264 SGB V.

²⁾ Bevölkerungsstand: Durchschnitt des jeweiligen Jahres.

8 Sozialeleistungen
8.15 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
8.15.1 Empfänger und Empfängerinnen von Regelleistungen

Stichtag 31.12. Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männer	Frauen	Stichtag 31.12.2007 Staatsangehörigkeit	Insgesamt		Männer	Frauen
	Anzahl	%	Anzahl			Anzahl	%	Anzahl	
2006	193 562	100	111 324	82 238	Europa	61 952	40,4	31 733	30 219
2007 ¹⁾	153 300	100	89 075	64 225	darunter:				
davon (2007):					Serbien und Montenegro	38 656	25,2	19 164	19 492
unter 7	20 175	13,2	10 458	9 717	Türkei	11 150	7,3	6 319	4 831
7 – 11	12 543	8,2	6 638	5 905	Russische Föderation	5 804	3,8	3 010	2 794
11 – 15	12 581	8,2	6 529	6 052	Asien	60 984	39,8	38 035	22 949
15 – 18	9 548	6,2	5 120	4 428	Afrika	17 555	11,5	11 593	5 962
18 – 21	9 659	6,3	6 057	3 602	Amerika	380	0,2	201	179
21 – 25	12 425	8,1	8 481	3 944	Übrige Staaten, staatenlos	1 077	0,7	610	467
25 – 30	15 753	10,3	10 410	5 343	Unbekannt	11 352	7,4	6 903	4 449
30 – 40	29 735	19,4	18 296	11 439					
40 – 50	18 406	12,0	10 962	7 444					
50 – 60	7 378	4,8	4 035	3 343					
60 – 65	1 678	1,1	757	921					
65 und mehr	3 419	2,2	1 332	2 087					
Durchschnittsalter in Jahren	26,2	X	26,4	26,0					

8.15.2 Ausgaben und Einnahmen

Jahr Art der Unterbringung	Ausgaben (brutto)					Einnahmen	Reine Ausgaben (netto)	
	insgesamt	Regelleistungen			besondere Leistungen		insgesamt	je Einwohner ²⁾
		insgesamt	Grundleistungen	Hilfe zum Lebensunterhalt				
Mill. EUR							EUR	
2004	1 308	967	757	209	341	86	1 222	14,81
2005	1 252	915	691	224	337	28	1 223	14,83
2006	1 165	851	597	254	314	22	1 144	13,88
2007	1 032	753	489	264	279	25	1 007	12,24
davon (2007):								
Außerhalb von Einrichtungen	759	564	323	241	195	21	738	8,98
In Einrichtungen	273	188	166	23	85	4	269	3,27

¹⁾ Neben diesen Regelleistungen wurden zum Jahresende 2007 noch in 52 277 Fällen besondere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt) gewährt.

²⁾ Bevölkerungsstand: jeweils Jahresdurchschnitt.

8 Sozialeleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.1 Hilfe zur Erziehung gemäß § 27 SGB VIII *)

Gegenstand der Nachweisung	Begonnene Hilfen				Hilfen am 31.12.				Beendete Hilfen	
	insgesamt	davon			insgesamt	davon			insgesamt	durchschnittliche Dauer in Monaten
		vorrangig ambulant/teilstationär	vorrangig stationär	ergänzende bzw. sonstige Hilfe		vorrangig ambulant/teilstationär	vorrangig stationär	ergänzende bzw. sonstige Hilfe		
2007	18 202	12 178	1 380	4 644	21 594	14 647	1 716	5 231	11 683	14
2007 nach dem Geschlecht										
Männlich	10 301	6 942	762	2 597	12 714	8 640	998	3 076	6 557	15
Weiblich	7 901	5 236	618	2 047	8 880	6 007	718	2 155	5 126	13
2007 nach dem Alter										
Alter von . . . bis unter . . . Jahren										
unter 1	1 033	689	47	297	593	422	20	151	365	3
1 – 3	1 379	923	78	378	1 434	1 029	71	334	756	7
3 – 6	2 019	1 359	102	558	2 382	1 661	110	611	1 157	11
6 – 9	3 135	2 029	294	812	3 434	2 306	297	831	1 555	12
9 – 12	3 393	2 321	246	826	4 485	3 046	425	1 014	2 003	14
12 – 15	3 366	2 406	219	741	4 104	2 977	289	838	2 149	15
15 – 18	2 936	1 913	278	745	3 578	2 473	314	791	2 464	13
unter 18	17 261	11 640	1 264	4 357	20 010	13 914	1 526	4 570	10 449	13
Hilfe für junge Volljährige										
18 – 21	825	446	112	267	1 286	606	161	519	1 002	18
21 – 27	116	92	4	20	298	127	29	142	232	32
2007 nach dem Migrationshintergrund										
und zwar:										
mit ausländischer Herkunft										
mindestens eines Elternteils	5 430	3 587	414	1 429	6 880	4 530	539	1 811	3 393	16
in der Familie wird vorrangig										
nicht deutsch gesprochen . . .	2 954	1 791	279	884	3 799	2 366	354	1 079	1 848	16

*) Ohne Verbindung zu Hilfen gemäß §§ 28-35 SGB VIII.

8.16.2 Erziehungsberatung

Gegenstand der Nachweisung	Begonnene Beratungen				Beratungen am 31.12.			Beendete Beratungen	
	insgesamt	Beratung/Therapie setzt an			insgesamt	Art des Trägers		insgesamt	durchschnittliche Dauer der Beratung in Monaten
		vorrangig mit der Familie (Eltern und Kind)	vorrangig mit den Eltern (zusammen oder einzeln)	vorrangig mit dem jungen Menschen		öffentliche Träger	freie Träger		
2007	295 035	124 954	131 943	38 138	127 507	47 402	80 105	295 256	5
2007 nach dem Geschlecht									
Männlich	164 945	72 571	75 838	16 536	72 283	27 332	44 951	165 280	5
Weiblich	130 090	52 383	56 105	21 602	55 224	20 070	35 154	129 976	5
2007 nach dem Alter									
Alter von . . . bis unter . . . Jahren									
unter 1	4 354	1 476	2 737	141	1 114	386	728	2 657	2
1 – 3	12 545	3 953	8 436	156	4 179	1 402	2 777	10 420	3
3 – 6	43 653	16 593	25 538	1 522	16 087	5 896	10 191	38 452	4
6 – 9	64 362	29 667	30 394	4 301	27 546	10 589	16 957	61 298	5
9 – 12	59 253	28 851	24 646	5 756	29 430	11 318	18 112	61 873	6
12 – 15	50 355	24 213	19 705	6 437	22 836	8 658	14 178	51 231	5
15 – 18	41 708	16 386	14 980	10 342	17 759	6 534	11 225	45 837	5
unter 18	276 230	121 139	126 436	28 655	118 951	44 783	74 168	271 768	5
Hilfe für junge Volljährige									
18 – 21	13 908	3 101	4 216	6 591	6 172	1 890	4 282	17 077	6
21 – 27	4 897	714	1 291	2 892	2 384	729	1 655	6 411	7
2007 nach dem Migrationshintergrund									
und zwar:									
mit ausländischer Herkunft									
mindestens eines Elternteils	55 486	24 887	23 505	7 094	24 539	10 607	13 932	54 951	5
in der Familie wird vorrangig									
nicht deutsch gesprochen . . .	24 775	11 063	9 993	3 719	10 495	4 524	5 971	25 463	5

8 Soziale Leistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.3 Betreuung einzelner junger Menschen

Gegenstand der Nachweisung	Soziale Gruppenarbeit			Unterstützung durch Erziehungsbeistand			Unterstützung durch Betreuungshelfer/-innen		
	junge Menschen mit begonnener Hilfe	junge Menschen am 31.12.	junge Menschen mit beendeter Hilfe	junge Menschen mit begonnener Hilfe	junge Menschen am 31.12.	junge Menschen mit beendeter Hilfe	junge Menschen mit begonnener Hilfe	junge Menschen am 31.12.	junge Menschen mit beendeter Hilfe
2006	9 419	6 719	9 209	13 616	14 854	12 667	5 360	3 908	5 677
2007	7 813	7 336	6 668	15 281	16 160	12 489	5 161	4 142	4 333
2007 nach dem Geschlecht									
Männlich	5 829	5 021	4 997	9 251	10 147	7 455	3 454	2 729	2 923
Weiblich	1 984	2 315	1 671	6 030	6 013	5 034	1 707	1 413	1 410
2007 nach dem Alter									
Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 15	4 948	5 961	3 430	7 726	7 748	4 372	1 168	1 104	593
15 – 18	1 854	1 084	2 041	5 627	6 414	5 176	1 971	1 563	1 474
18 – 21	896	240	1 005	1 887	1 906	2 778	1 921	1 334	1 943
21 und mehr	115	51	192	41	92	163	101	141	323
2007 nach dem Migrationshintergrund									
und zwar:									
mit ausländischer Herkunft									
mindestens eines Elternteils ...	2 754	2 654	2 261	3 106	3 392	2 393	1 390	1 110	1 195
in der Familie wird vorrangig									
nicht deutsch gesprochen	1 710	1 686	1 411	1 675	1 823	1 394	889	712	770
2007 nach dem Träger der Betreuung									
Öffentliche Träger	1 782	1 500	1 691	3 133	3 667	2 755	1 274	894	1 163
Freie Träger	6 031	5 836	4 977	12 148	12 493	9 734	3 887	3 248	3 170

8.16.4 Sozialpädagogische Familienhilfe

Gegenstand der Nachweisung	Familien mit begonnener Hilfe		Familien am 31.12. mit andauernder Hilfe		Familien mit beendeter Hilfe	
	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen ¹⁾	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen ¹⁾	insgesamt	durchschnittliche Dauer in Monaten
2006	24 710	.	32 731	.	20 055	16
2007	31 689	20 990	41 585	28 380	22 085	15
2007 nach der Familiensituation						
Familien insgesamt	31 689	20 990	41 585	28 380	22 085	15
davon mit:						
1 Kind	13 055	8 833	15 610	10 704	8 756	13
2 Kindern	9 536	6 021	12 514	8 242	6 729	15
3 Kindern	5 395	3 473	7 561	5 070	3 903	16
4 und mehr Kindern	3 703	2 663	5 900	4 364	2 697	18
Zahl der Kinder in den Familien insgesamt	65 476	43 718	91 078	63 084	46 425	X
und zwar (Familien insgesamt):						
mit ausländischer Herkunft						
mindestens eines Elternteils	7 956	.	10 476	.	5 729	15
in der Familie wird vorrangig						
nicht deutsch gesprochen	4 063	.	5 559	.	2 639	15
davon (Familien insgesamt):						
Hilfe wird durchgeführt						
in der Herkunftsfamilie	30 741	20 383	40 486	27 686	21 414	15
davon:						
Eltern leben zusammen	9 924	5 336	13 259	7 325	6 520	15
Zahl der Kinder in diesen Familien	22 616	12 287	32 173	18 237	15 216	.
Elternteil lebt alleine	15 910	12 114	20 888	16 261	11 049	15
Zahl der Kinder in diesen Familien	30 620	23 785	42 420	33 789	21 543	.
Elternteil lebt mit neuem/-r Partner/-in						
zusammen	4 629	2 763	5 958	3 876	3 597	14
Zahl der Kinder in diesen Familien	10 044	6 258	13 782	9 373	8 075	.
in einer Verwandtenfamilie	463	315	562	375	330	15
Zahl der Kinder in diesen Familien	793	534	955	646	547	.
in einer nicht verwandten Familie	485	292	537	319	341	14
Zahl der Kinder in diesen Familien	874	523	988	581	571	.

¹⁾ Die Familie lebt teilweise oder ganz von Arbeitslosengeld II (SGB II), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Sozialhilfe (SGB XII).

8 Sozialeleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.5 Teil-/stationäre Hilfen zur Erziehung

Gegenstand der Nachweisung	Hilfen		Erziehung in einer Tagesgruppe	Vollzeitpflege			Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform			Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
	insgesamt	je 10 000 junge Menschen		zusammen	davon		zusammen	darunter		
					Fremdpflege	Verwandtenpflege		in einer Einrichtung	in der Wohnung des jungen Menschen	
Begonnene Hilfen 2007										
Insgesamt	53 627	23,4	8 655	13 080	10 426	2 654	28 706	27 054	1 545	3 186
davon:										
Männlich	29 968	25,6	6 366	6 566	5 217	1 349	15 285	14 545	669	1 751
Weiblich	23 659	21,1	2 289	6 514	5 209	1 305	13 421	12 509	876	1 435
Alter von ... bis unter ... Jahren										
unter 3	5 110	24,8	244	3 834	3 400	434	1 032	1 026	6	-
3 - 6	3 661	17,0	225	2 294	1 896	398	1 142	1 140	1	-
6 - 9	6 892	29,8	2 819	1 907	1 433	474	2 166	2 154	7	-
9 - 12	8 419	35,0	3 344	1 521	1 107	414	3 339	3 327	10	215
12 - 15	11 051	45,6	1 671	1 648	1 180	468	7 164	7 094	29	568
15 - 18	14 893	54,3	352	1 506	1 145	361	11 454	10 593	810	1 581
unter 18	50 026	35,5	8 655	12 710	10 161	2 549	26 297	25 334	863	2 364
Hilfe für junge Volljährige										
18 - 21	3 523	12,0	X	364	261	103	2 349	1 670	672	810
21 - 27	78	0,1	X	6	4	2	60	50	10	12
Hilfen am 31.12.2007										
Insgesamt	120 942	53,0	15 153	49 673	39 563	10 110	52 793	49 976	2 588	3 323
davon:										
Männlich	68 345	58,6	11 280	25 390	20 296	5 094	29 744	28 454	1 145	1 931
Weiblich	52 597	47,2	3 873	24 283	19 267	5 016	23 049	21 522	1 443	1 392
Alter von ... bis unter ... Jahren										
unter 3	5 412	26,4	194	4 447	3 976	471	771	766	5	-
3 - 6	8 631	40,3	321	6 846	5 809	1 037	1 464	1 454	7	-
6 - 9	14 830	64,8	2 958	8 522	6 943	1 579	3 350	3 334	11	-
9 - 12	22 336	92,6	6 630	8 957	7 127	1 830	6 582	6 560	19	167
12 - 15	25 269	105,7	3 914	8 919	6 823	2 096	11 891	11 828	21	545
15 - 18	33 347	124,0	1 128	9 491	6 894	2 597	21 194	20 272	778	1 534
unter 18	109 825	78,6	15 145	47 182	37 572	9 610	45 252	44 214	841	2 246
Hilfe für junge Volljährige										
18 - 21	10 443	35,6	8	2 342	1 875	467	7 076	5 428	1 616	1 017
21 - 27	674	1,1	X	149	116	33	465	334	131	60

8.16.6 Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung gemäß § 35a SGB VIII

Gegenstand der Nachweisung	Begonnene Hilfen					Hilfen am 31.12.					Beendete Hilfen	
	insgesamt	davon				insgesamt	davon				insgesamt	durchschnittliche Dauer in Monaten
		ambulant	in einer Kindertageseinrichtung	bei einer Pflegeperson	in einer Einrichtung ¹⁾		ambulant	in einer Kindertageseinrichtung	bei einer Pflegeperson	in einer Einrichtung ¹⁾		
2007	13 829	1 144	758	111	11 816	25 743	1 917	1 292	355	22 179	10 940	21
2007 nach dem Geschlecht												
Männlich	9 318	761	593	70	7 894	17 593	1 252	1 014	221	15 106	7 178	21
Weiblich	4 511	383	165	41	3 922	8 150	665	278	134	7 073	3 762	20
2007 nach dem Alter												
Alter von ... bis unter ... Jahren												
unter 3	66	19	16	2	29	49	9	7	1	32	25	.
3 - 6	861	134	407	9	311	919	114	494	12	299	181	11
6 - 9	3 078	157	202	28	2 691	3 302	198	415	35	2 654	1 167	13
9 - 12	4 693	187	101	25	4 380	8 592	342	260	98	7 892	3 479	18
12 - 15	2 189	162	27	12	1 988	5 843	329	98	106	5 310	2 726	22
15 - 18	1 697	163	5	19	1 510	3 828	266	17	64	3 481	1 653	24
unter 18	12 584	822	758	95	10 909	22 533	1 258	1 291	316	19 668	9 231	20
Hilfe für junge Volljährige												
18 - 21	1 177	292	.	16	869	2 469	444	1	28	1 996	1 277	25
21 - 27	68	30	.	-	38	741	215	.	11	515	432	32
2007 nach dem Migrationshintergrund												
und zwar:												
mit ausländischer Herkunft												
mindestens eines Elternteils	2 232	155	190	22	1 865	3 895	303	280	46	3 266	1 504	20
in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen	1 154	76	126	4	948	2 077	147	182	11	1 737	824	20

¹⁾ U. a. in einer Schule, in den Räumen eines ambulanten Dienstes/einer Beratungsstelle, in einer teil-/stationären Einrichtung oder an sonstigem Ort (z.B. JVA, Klinik, Frauenhaus).

8 Sozialeleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.7 Andere Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder ¹⁾		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
Kinder und Jugendliche am Jahresende unter Amtsvormundschaft	39 758	38 467	38 572	30 172	28 950	29 308	7 175	7 269	6 612
davon unter:									
gesetzlicher Amtsvormundschaft	9 311	8 567	8 025	6 853	6 190	5 953	2 020	2 031	1 779
bestellter Amtsvormundschaft	30 447	29 900	30 547	23 319	22 760	23 355	5 155	5 238	4 833
bestellter Amtspflegschaft	26 957	27 261	28 422	20 833	20 789	21 979	4 400	4 742	4 730
Beistandschaft ²⁾	689 046	685 069	657 952	556 641	554 755	532 977	70 847	70 382	67 800
Zur Adoption vorgemerkte Kinder und Jugendliche am Jahresende	771	889	886	603	723	648	157	159	231
Vorgemerkte Adoptionsbewerbungen am Jahresende	9 324	9 154	8 914	7 988	7 775	7 761	1 123	1 119	959
Vorgemerkte Adoptionsbewerbungen auf je ein/einen zur Adoption vorgemerktes Kind/Jugendlichen	12	10	10	13	11	12	7	7	4
Tagespflegepersonen, für die eine Pflege-erlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht	15 158	24 472	34 962	11 892	20 281	30 244	2 725	3 038	4 072
Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	8 686	9 572	10 769	7 189	7 830	8 950	1 240	1 349	1 486

¹⁾ Jeweils ohne Angaben für Berlin.

²⁾ Beistandschaften nach § 1712 BGB.

8.16.8 Adoptierte Kinder und Jugendliche

Gegenstand der Nachweisung	Adoptierte Kinder und Jugendliche		Verwandtschaftsverhältnis zu den Adoptiveltern			Staatsangehörigkeit der Adoptiveltern		
	insgesamt	je 10 000 Kinder und Jugendliche ¹⁾	verwandt	Stiefvater/ Stiefmutter	nicht verwandt	Deutsche	Nichtdeutsche ²⁾	Deutsche/ Nichtdeutsche ²⁾
2006	4 748	3,3	256	2 569	1 923	4 028	148	572
2007	4 509	3,2	229	2 242	2 038	3 850	148	511
2007 nach dem Alter								
Alter von . . . bis unter . . . Jahren								
unter 1	87	1,3	1	29	57	82	–	5
1 – 3	1 243	9,0	17	73	1 153	1 166	21	56
3 – 6	719	3,3	36	228	455	630	21	68
6 – 12	1 327	2,8	82	967	278	1 109	54	164
12 und mehr	1 133	2,2	93	945	95	863	52	218
2007 nach der Staatsangehörigkeit								
Deutsche	3 077	.	95	1 722	1 260	2 931	42	104
Nichtdeutsche ²⁾	1 432	.	134	520	778	919	106	407
2007 nach dem Geschlecht								
Männlich	2 380	3,3	121	1 113	1 146	2 034	87	259
Weiblich	2 129	3,1	108	1 129	892	1 816	61	252
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ²⁾	3 789	3,2	211	2 001	1 577	3 177	139	473
Neue Länder ²⁾	605	3,4	10	213	382	591	6	8

¹⁾ Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt.

²⁾ Einschl. Staatenloser.

³⁾ Ohne Angaben für Berlin.

8 Sozialeleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.9 Adoptierte Kinder und Jugendliche 2007 nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit Zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon (Sp. 1) im Alter von . . . bis unter . . . Jahren				Davon (Sp.1) Verwandtschaftsverhältnis zu Adoptiveltern		
				unter 3	3 – 6	6 – 12	12 und mehr	verwandt	Stiefvater/ Stiefmutter	nicht verwandt
Europa	3 834	2 041	1 793	1 149	580	1 152	953	146	2 042	1 646
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	310	210	100	143	100	36	31	26	24	260
Bundesrepublik Deutschland	3 077	1 601	1 476	934	434	981	728	95	1 772	1 260
Bulgarien	17	8	9	7	6	3	1	–	3	14
Griechenland	2	–	2	–	1	–	1	–	1	1
Italien	14	6	8	2	1	3	8	1	11	2
Österreich	1	–	1	–	1	–	–	–	1	–
Polen	53	23	30	14	4	17	18	6	28	19
Portugal	5	2	3	–	–	4	1	–	5	–
Rumänien	34	16	18	1	5	11	17	1	29	4
Spanien	2	1	1	–	–	1	1	–	2	–
sonstige EU-Länder	57	30	27	14	17	17	9	2	23	32
EU-Länder	3 262	1 687	1 575	972	469	1 037	784	105	1 825	1 332
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	45	22	23	12	15	10	8	2	10	33
Bosnien und Herzegowina	24	13	11	2	1	5	16	3	15	6
Kroatien	9	5	4	2	1	5	1	–	4	5
Russische Föderation	327	201	126	119	63	60	85	17	115	195
Serbien	25	15	10	–	6	6	13	7	11	7
Türkei	45	30	15	24	5	9	7	5	9	31
Ukraine	106	70	36	29	31	16	30	3	37	66
sonstige europäische Länder	36	20	16	1	4	14	17	6	26	4
Afrika	167	90	77	70	26	35	36	20	30	117
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	121	72	49	59	20	25	17	12	11	98
Äthiopien	30	15	15	6	10	12	2	1	–	29
Kamerun	4	2	2	–	–	–	4	–	3	1
Marokko	12	6	6	–	4	2	6	3	1	8
Tunesien	1	1	–	1	–	–	–	–	–	1
sonstige afrikanische Länder	120	66	54	63	12	21	24	16	26	78
Amerika	195	103	92	60	56	52	27	7	39	149
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	127	65	62	42	42	35	8	5	11	111
Bolivien	1	1	–	1	–	–	–	–	–	1
Brasilien	11	5	6	3	4	–	4	–	4	7
Chile	9	3	6	–	4	5	–	–	–	9
Guatemala	1	–	1	–	–	1	–	–	–	1
Kolumbien	89	47	42	37	27	21	4	–	6	83
Mexiko	5	3	2	–	1	3	1	3	–	2
Paraguay	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Peru	9	5	4	3	1	3	2	–	5	4
Vereinigte Staaten	9	7	2	6	1	1	1	2	1	6
sonstige amerikanische Länder	61	32	29	10	18	18	15	2	23	36
Asien	306	142	164	49	53	87	117	55	130	121
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	149	68	81	41	46	37	25	34	18	97
Afghanistan	7	7	–	–	–	1	6	5	1	1
Armenien	1	1	–	–	–	–	1	–	1	–
Indien	32	9	23	7	15	4	6	2	3	27
Israel	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kambodscha	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Korea, Republik	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Pakistan	6	4	2	4	–	–	2	2	–	4
Philippinen	22	8	14	2	2	11	7	6	11	5
Sri Lanka	12	5	7	2	2	3	5	6	2	4
Thailand	73	37	36	8	14	31	20	7	45	21
Vietnam	26	11	15	4	2	6	14	6	8	12
sonstige asiatische Länder	127	60	67	22	18	31	56	21	59	47
Sonstige	7	4	3	2	4	1	–	1	1	5
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	2	1	1	–	1	1	–	–	1	1
Insgesamt	4 509	2 380	2 129	1 330	719	1 327	1 133	229	2 242	2 038
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	709	416	293	285	209	134	81	77	65	567

8 Sozialeleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.10 Vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2007

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Inobhutnahme				Herausnahme	Unterbringung während der Maßnahme		
		an jugendgefährdendem Ort		sonstiger Zugang			bei einer geeigneten Person	in einer	
		nach vorherigem Ausreißen	ohne vorheriges Ausreißen	nach vorherigem Ausreißen	ohne vorheriges Ausreißen			Einrichtung	sonstigen betreuten Wohnform
Männlich									
Zusammen	12 750	535	865	2 549	8 584	217	1 903	10 437	410
nach dem Alter									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 3	1 412	5	146	30	1 178	53	728	624	60
3 - 6	964	12	103	14	804	31	353	573	38
6 - 9	896	14	89	28	739	26	218	645	33
9 - 12	1 174	29	102	119	900	24	203	943	28
12 - 14	1 415	75	86	297	935	22	111	1 265	39
14 - 16	3 157	202	180	944	1 805	26	147	2 931	79
16 - 18	3 732	198	159	1 117	2 223	35	143	3 456	133
nach der Staatsangehörigkeit									
Deutsche	10 366	403	696	1 978	7 103	186	1 680	8 364	322
Nichtdeutsche ¹⁾	2 384	132	169	571	1 481	31	223	2 073	88
Weiblich									
Zusammen	15 442	768	851	4 336	9 269	218	2 053	12 922	467
nach dem Alter									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 3	1 218	4	125	20	1 031	38	636	543	39
3 - 6	849	10	90	16	699	34	330	490	29
6 - 9	771	15	77	28	620	31	190	551	30
9 - 12	939	18	82	100	716	23	187	733	19
12 - 14	2 085	131	100	603	1 220	31	184	1 837	64
14 - 16	5 169	339	210	1 926	2 668	26	278	4 749	142
16 - 18	4 411	251	167	1 643	2 315	35	248	4 019	144
nach der Staatsangehörigkeit									
Deutsche	12 729	613	696	3 535	7 697	188	1 771	10 574	384
Nichtdeutsche ¹⁾	2 713	155	155	801	1 572	30	282	2 348	83
Insgesamt									
Insgesamt	28 192	1 303	1 716	6 885	17 853	435	3 956	23 359	877
nach dem Alter									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 3	2 630	9	271	50	2 209	91	1 364	1 167	99
3 - 6	1 813	22	193	30	1 503	65	683	1 063	67
6 - 9	1 667	29	166	56	1 359	57	408	1 196	63
9 - 12	2 113	47	184	219	1 616	47	390	1 676	47
12 - 14	3 500	206	186	900	2 155	53	295	3 102	103
14 - 16	8 326	541	390	2 870	4 473	52	425	7 680	221
16 - 18	8 143	449	326	2 760	4 538	70	391	7 475	277
nach der Staatsangehörigkeit									
Deutsche	23 095	1 016	1 392	5 513	14 800	374	3 451	18 938	706
Nichtdeutsche ¹⁾	5 097	287	324	1 372	3 053	61	505	4 421	171
nach dem Aufenthalt vor der Maßnahme									
bei den Eltern	7 337	105	1 161	5 914	262
bei einem Elternteil mit Stiefelternteil oder Partner	5 395	47	710	4 530	155
bei allein erziehendem Elternteil	8 993	100	1 678	7 113	202
bei Großeltern/Verwandten	603	18	83	502	18
in einer Pflegefamilie	604	28	141	444	19
bei einer sonstigen Person	573	24	44	507	22
in einem Heim/einer sonstigen betreuten Wohnform	2 657	109	95	2 456	106
in einer Wohngemeinschaft	98	2	9	88	1
in eigener Wohnung	62	2	4	53	5
ohne feste Unterkunft	712	-	11	676	25
an unbekanntem Ort	1 158	-	20	1 076	62
nach dem Träger									
Träger der öffentlichen Jugendhilfe	18 937	253	3 385	14 936	616
Träger der freien Jugendhilfe	9 255	182	571	8 423	261
Nachrichtlich:									
Früheres Bundesgebiet ²⁾	20 850	1 021	1 312	5 173	13 019	325	3 318	16 869	663
Neue Länder	6 027	173	346	1 257	4 153	98	579	5 262	186

¹⁾ Einschl. Staatenloser.

²⁾ Ohne Angaben für Berlin.

8 Sozialeleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.11 Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen	Insgesamt	Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen
	2006			2007		
	1 000 EUR					
Ausgaben nach Leistungsbereichen	20 288 351 ¹⁾	8 255 575 ¹⁾	12 032 776	22 204 102 ¹⁾	8 661 539 ¹⁾	13 542 563
Jugendarbeit	1 400 846	448 853	951 993	1 451 260	467 389	983 871
Jugendsozialarbeit	241 923	162 536	79 387	328 817	250 795	78 022
allgemeine Förderung der Familie	85 104	61 080	24 024	113 535	87 954	25 581
Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern)	106 241	103 744	2 497	118 711	116 025	2 687
Tageseinrichtungen für Kinder	11 638 762	1 255 678	10 383 084	13 091 747	1 225 862	11 865 884
Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Voll- jährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	5 650 389	5 391 026	259 363	5 911 269	5 649 821	261 448
Mitarbeiterfortbildung	15 805	5 883	9 922	16 901	6 291	10 610
sonstige Ausgaben	971 738	649 232	322 506	996 366	681 906	314 460
Ausgaben der Personalverwaltung	635 935	–	–	594 115	–	–
Ausgaben insgesamt	20 924 286	8 255 575	12 668 711	22 798 216	8 661 539	14 136 678
davon: öffentliche Träger	14 280 075	7 589 040	6 691 035	14 806 126	7 888 203	6 917 924
Förderung von freien Trägern	6 644 211	666 535	5 977 676	7 992 090	773 336	7 218 754
Einnahmen insgesamt	2 171 699	617 556	1 554 143	2 247 134	610 470	1 636 665
Reine Ausgaben insgesamt	18 752 587	7 638 020	11 114 567	20 551 082	8 051 069	12 500 013

¹⁾ Einschl. Personalausgaben, die nicht nach den einzelnen Leistungsbereichen aufteilbar sind (177,5 Mill. Euro in 2006; 177,9 Mill. Euro in 2007).

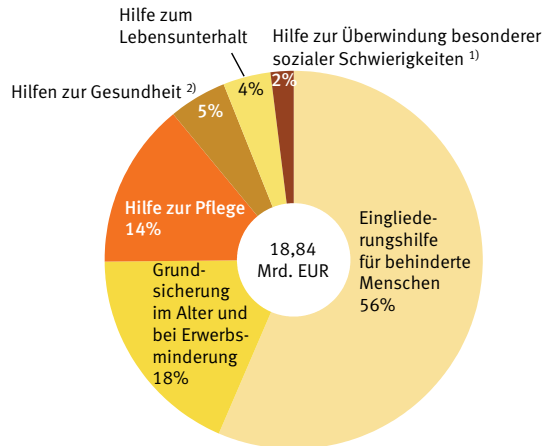
8.16.12 Einrichtungen, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen am 15. März 2008

Art der Tageseinrichtung	Tageseinrichtungen			Kinder in Tageseinrichtungen			Tätige Personen			
	insgesamt	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt	pädagogisches und Verwaltungspersonal		hauswirtschaftliches und technisches Personal
								öffentliche Träger	freie Träger	
Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von . . . bis unter . . . Jahren										
0 – 3	1 006	140	866	17 428	3 312	14 116	4 996	795	3 662	539
2 – 8 (ohne Schulkinder)	25 069	8 163	16 906	1 328 521	436 766	891 755	193 281	52 402	113 979	26 900
5 – 14 (nur Schulkinder)	3 193	1 528	1 665	198 854	114 042	84 812	19 500	8 526	8 659	2 315
mit Kindern aller Altersgruppen	20 468	7 334	13 134	1 473 094	564 139	908 955	224 936	71 373	123 021	30 542
davon:										
Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen Gruppen	5 832	2 541	3 291	502 861	219 208	283 653	70 009	25 661	34 787	9 561
Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen	5 513	1 555	3 958	277 924	95 113	182 811	47 410	13 074	27 762	6 574
Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen	9 123	3 238	5 885	692 309	249 818	442 491	107 517	32 638	60 472	14 407
Insgesamt	49 736	17 165	32 571	3 017 897	1 118 259	1 899 638	442 713	133 096	249 321	60 296
darunter:										
Integrative Tageseinrichtungen	14 143	4 321	9 822	1 024 745	329 203	695 542	162 214	43 237	97 373	21 604
Tageseinrichtungen für behinderte Kinder	378	62	316	14 421	3 245	11 176	5 711	490	4 493	728
Tageseinrichtungen für Kinder von Betriebsangehörigen	369	49	320	16 630	3 026	13 604	3 578	498	2 754	326
Kindergartenähnliche Tageseinrichtungen	6 257	1 845	4 412	338 014	124 297	213 717	53 147	14 736	30 936	7 475
Tageseinrichtungen von Elterninitiativen	4 362	–	4 362	130 597	–	130 597	25 495	–	22 321	3 174

8 Sozialleistungen

Sozialhilfeausgaben 2007 (netto) nach Hilfearten

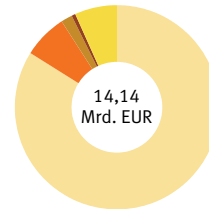
Hilfeleistungen an Berechtigte



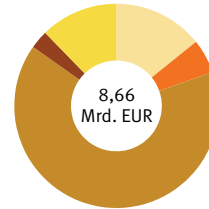
1) Einschl. Hilfe in anderen Lebenslagen.– 2) Einschl. Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung.

Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe 2007

Einrichtungen

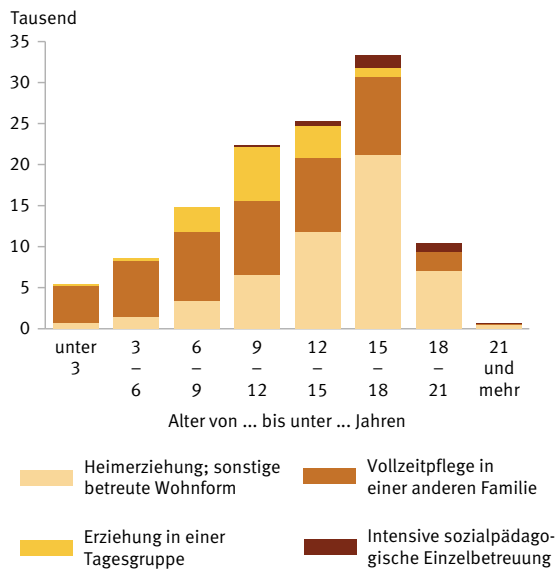


Einzel- und Gruppenhilfen



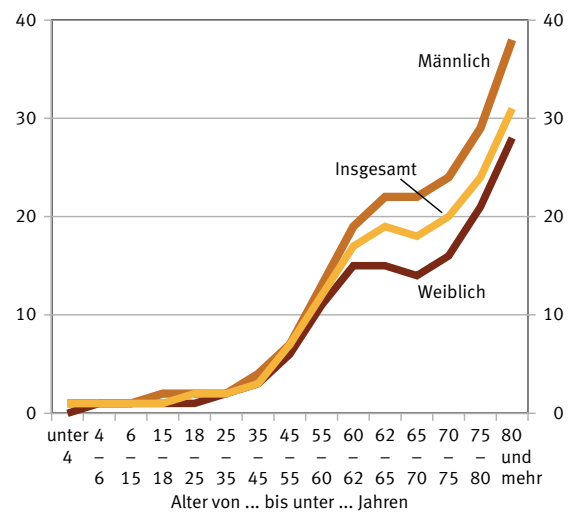
1) Einschl. Hilfe für junge Volljährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Personalausgaben.– 2) Einschl. allgemeine Förderung der Familie, Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern), Mitarbeiterfortbildung sowie Personalausgaben.

Teilstationäre Hilfen zur Erziehung¹⁾ für junge Menschen 2007



Schwerbehinderte Menschen am 31.12.2007¹⁾

Schwerbehindertenquote²⁾



1) Bevölkerungsstand: 31.12.2007.– 2) Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %.

8 Sozialeleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.13 Tätige Personen in Kindertageseinrichtungen am 15. März 2008 nach Berufsausbildungsabschluss *)

Berufsausbildungsabschluss	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Im Alter von ... bis unter ... Jahren				Vollzeit-	Teilzeit-	Nebenberuflich
				unter 25	25 – 40	40 – 60	60 und mehr			
Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Sozialarbeiter/-innen ¹⁾	947	8 119	9 066	163	3 004	5 739	160	3 899	4 714	453
Dipl.-Pädagogen/-innen, Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Erziehungswissenschaftler/-innen ²⁾	360	3 098	3 458	75	1 459	1 868	56	1 273	1 943	242
Dipl.-Heilpädagogen/-innen	52	803	855	29	372	449	5	349	418	88
Erzieher/-innen	5 996	261 300	267 296	19 129	94 220	150 635	3 312	102 341	159 627	5 328
Heilpädagogen/-innen (Fachschule)	173	5 669	5 842	76	2 004	3 704	58	2 487	3 068	287
Kinderpfleger/-innen	476	47 938	48 414	6 138	17 657	24 057	562	17 978	29 552	884
Assistenten/-innen im Sozialwesen ³⁾	159	1 987	2 146	708	884	535	19	403	1 633	110
Sonstige soziale/sozialpädagogische Kurzausbildung	83	1 553	1 636	193	307	1 057	79	320	1 120	196
Sonstige Sozial- und Erziehungsberufe	299	3 517	3 816	467	1 549	1 738	62	1 126	2 518	172
(Fach-)Kinderkrankenpfleger, -schwestern, Krankenpfleger, -schwestern	11	1 345	1 356	23	204	1 085	44	388	858	110
Sonstige Gesundheitsdienstberufe	290	2 521	2 811	85	1 070	1 595	61	684	1 633	494
Lehrer/-innen	169	1 544	1 713	48	459	1 107	99	390	966	357
Anderer Hochschulabschluss	205	764	969	41	333	552	43	149	505	315
Verwaltungs- und Büroberufe	228	1 919	2 147	31	426	1 545	145	161	909	1 077
Hauswirtschaftsleiter/-innen, Wirtschaftler/-innen, Oekotrophologen/-innen	7	391	398	10	82	290	16	46	288	64
Sonstiger Berufsausbildungsabschluss	607	6 089	6 696	581	1 287	4 522	306	1 179	3 891	1 626
Praktikanten/-innen im Anerkennungsjahr	755	10 127	10 882	9 207	1 410	263	2	9 271	1 533	78
Anderweitig noch in Berufsausbildung	583	3 772	4 355	3 705	488	155	7	2 280	1 667	408
Ohne abgeschlossene Ausbildung	1 427	7 134	8 561	5 770	730	1 916	145	5 050	3 012	499
Insgesamt	12 827	369 590	382 417	46 479	127 945	202 812	5 181	149 774	219 855	12 788

*) Pädagogisches und Verwaltungspersonal.
 1) Fachhochschule oder vergleichbarer Abschluss.
 2) Universität oder vergleichbarer Abschluss.

3) Sozialassistent/-in, Sozialbetreuer/-in, Sozialpflegeassistent/-in, sozialpädagogische/r Assistent/-in.

8 Sozialeleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.14 Kinder in Tageseinrichtungen am 15. März 2008 nach Ländern

Land	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren														
		0 – 3		Besuchs- quote	Ganztags- quote ¹⁾	3 – 6		Besuchs- quote	Ganztags- quote ¹⁾	6 – 11		Besuchs- quote	Ganztags- quote ¹⁾	11 – 14		Besuchs- quote
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
Baden-Württemberg	377 923	32 289	11,5	2,7	278 195	93,7	9,2	64 937	11,7	0,7	2 502	0,7				
Bayern	448 498	37 757	11,7	2,9	301 444	88,6	20,1	105 716	16,9	2,0	3 581	0,9				
Berlin	113 724	32 732	36,8	21,0	76 390	92,2	53,0	4 601	3,5	2,2	1	0,0				
Brandenburg	139 986	21 623	38,9	23,8	53 883	93,9	49,3	62 490	64,3	4,6	1 990	4,0				
Bremen	21 449	1 723	10,6	4,6	13 479	85,7	19,8	6 052	21,1	2,1	195	1,1				
Hamburg	67 229	8 723	18,1	10,4	35 091	77,9	28,5	21 821	29,6	3,5	1 594	3,6				
Hessen	226 901	18 297	11,6	5,1	148 931	91,4	29,2	58 067	19,7	3,7	1 606	0,9				
Mecklenburg-Vorpommern	83 723	12 939	34,4	19,7	35 149	92,2	51,6	35 297	57,2	7,2	338	1,1				
Niedersachsen	263 661	15 140	7,6	2,1	186 424	85,6	10,7	61 249	14,7	1,3	848	0,3				
Nordrhein-Westfalen	568 809	32 203	7,1	3,6	433 391	89,9	26,7	101 447	11,3	2,9	1 768	0,3				
Rheinland-Pfalz	142 621	13 467	13,8	4,0	99 717	95,3	23,3	28 602	14,3	2,9	835	0,7				
Saarland	32 035	2 899	13,2	5,8	21 623	92,5	18,9	7 354	16,2	2,3	159	0,5				
Sachsen	235 737	32 644	33,0	22,6	91 134	94,4	65,9	110 198	72,5	9,9	1 761	2,4				
Sachsen-Anhalt	123 870	26 722	52,1	28,5	47 747	93,6	54,5	48 781	57,4	7,6	620	1,4				
Schleswig-Holstein	92 271	5 133	7,3	2,4	63 424	83,2	12,6	23 253	16,0	1,6	461	0,5				
Thüringen	79 460	18 823	37,5	31,3	48 610	95,9	84,9	12 008	14,5	11,0	19	0,0				
Deutschland . . .	3 017 897	313 114	15,3	7,3	1 934 632	90,3	26,9	751 873	19,3	2,9	18 278	0,8				

¹⁾ Anteil der ganztags betreuten Kinder an allen Kindern der selben Altersgruppe.

8.16.15 Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 15. März 2008 nach Ländern

Land	Insgesamt	Kinder im Alter von ... bis unter ... Jahren								Betreuungstage pro Woche			
		0 – 3		Besuchs- quote	3 – 6		Besuchs- quote	6 – 11		Besuchs- quote	11 – 14		Besuchs- quote
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl			
Baden-Württemberg	14 411	6 293	2,2	3 498	1,2	3 831	0,7	789	0,2	5 312	4 377	4 453	269
Bayern	7 866	5 050	1,6	1 330	0,4	1 219	0,2	267	0,1	2 099	2 904	2 758	105
Berlin	4 569	3 234	3,6	1 113	1,3	198	0,1	24	0,0	53	221	4 271	24
Brandenburg	3 905	3 280	5,9	532	0,9	92	0,1	1	0,0	16	81	3 786	22
Bremen	756	355	2,2	176	1,1	177	0,6	48	0,3	117	230	395	14
Hamburg	5 534	2 304	4,8	1 237	2,7	1 538	2,1	455	1,0	231	984	4 218	101
Hessen	6 141	4 151	2,6	920	0,6	898	0,3	172	0,1	1 383	2 283	2 380	95
Mecklenburg-Vorpommern	4 845	3 981	10,6	748	2,0	112	0,2	4	0,0	4	47	4 781	13
Niedersachsen	7 146	3 050	1,5	1 683	0,8	1 950	0,5	463	0,2	1 148	2 048	3 725	225
Nordrhein-Westfalen	17 852	10 429	2,3	3 248	0,7	3 252	0,4	923	0,2	3 064	5 942	8 355	491
Rheinland-Pfalz	2 751	1 221	1,3	552	0,5	804	0,4	174	0,1	577	817	1 233	124
Saarland	616	224	1,0	135	0,6	203	0,4	54	0,2	79	113	401	23
Sachsen	3 893	3 520	3,6	306	0,3	64	0,0	3	0,0	46	83	3 753	11
Sachsen-Anhalt	317	264	0,5	46	0,1	7	0,0	.	.	8	15	291	3
Schleswig-Holstein	4 708	3 013	4,3	950	1,2	627	0,4	118	0,1	1 281	1 489	1 897	41
Thüringen	762	707	1,4	25	0,0	28	0,0	2	0,0	24	51	685	2
Deutschland . . .	86 072	51 076	2,5	16 499	0,8	15 000	0,4	3 497	0,1	15 442	21 685	47 382	1 563

8 Sozialeleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.16 Tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 15. März 2008

Berufsausbildungsabschluss Art der Qualifikation Ort der Betreuung	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
				unter 25	25 – 40	40 – 60	60 und mehr
Insgesamt	782	35 601	36 383	1 219	13 530	19 584	2 050
und zwar:							
Berufsausbildungsabschluss							
Erzieher/-in	51	5 263	5 314	230	2 387	2 571	126
Kinderpfleger/-in	89	3 128	3 217	296	1 214	1 511	196
(Fach-) Hochschulabschluss ¹⁾	27	1 126	1 153	18	453	617	65
anderer Abschluss	572	23 027	23 599	520	8 409	13 347	1 323
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	43	3 057	3 100	155	1 067	1 538	340
Art der Qualifikation							
mit abgeschlossenem Qualifizierungskurs	413	23 856	24 269	517	9 284	13 550	918
anderer Nachweis der Qualifikation	345	10 701	11 046	539	3 728	5 749	1 030
in tätigkeitsbegleitender Grundqualifizierung	56	2 331	2 387	128	972	1 171	116
Erste-Hilfe-Kurs für Säuglinge und Kleinkinder	446	25 512	25 958	718	9 990	14 239	1 011
Ort der Betreuung ²⁾							
in der Wohnung des Kindes/der Kinder	179	4 530	4 709
in der eigenen Wohnung	538	28 909	29 447
in anderen Räumen	70	2 394	2 464

¹⁾ Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Sozialarbeiter/-innen (Fachhochschule oder vergleichbarer Abschluss), Dipl.-Pädagogen/-innen, Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Erziehungswissenschaftler/-innen (Universität oder vergleichbarer Abschluss). ²⁾ Mehrfachnennungen möglich.

8.16.17 Kinder in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 15. März 2008

Gegenstand der Nachweisung	Kinder in Tagesbetreuung						Ganztagsbetreuung (mehr als 7 Stunden)
	insgesamt	davon mit einem Betreuungsumfang von					
		bis zu 5 Stunden	mehr als 5 bis 7 Stunden	mehr als 7 bis 10 Stunden	mehr als 10 Stunden	vor- und nachmittags, ohne Mittagsbetreuung	
Anzahl							
Zusammen	1 599 201	498 020	492 870	430 911	17 628	159 772	448 539
und zwar:							
ausländisches Herkunftsland mindestens eines Elternteils in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen	383 067	99 556	128 742	103 507	3 105	48 157	106 612
nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren	238 409	60 947	81 346	62 773	1 794	31 549	64 567
unter 3	186 268	47 994	46 671	82 302	4 781	4 520	87 083
3 – 6	999 022	262 807	308 620	288 094	11 029	128 472	299 123
6 – 11	401 831	179 332	133 638	60 340	1 772	26 749	62 112
11 – 14	12 080	7 887	3 941	175	46	31	221
Zusammen	1 504 767	472 557	464 336	399 864	16 336	151 674	416 200
und zwar:							
ausländisches Herkunftsland mindestens eines Elternteils in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen	358 210	93 562	120 538	95 159	2 896	46 055	98 055
nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren	220 307	56 333	75 132	57 462	1 653	29 727	59 115
unter 3	177 922	46 224	44 256	78 220	4 592	4 630	82 812
3 – 6	952 108	252 427	296 209	270 374	10 148	122 950	280 552
6 – 11	365 042	167 590	120 733	51 093	1 561	24 065	52 654
11 – 14	9 695	6 316	3 138	177	35	29	212
Insgesamt	3 103 968	970 577	957 206	830 775	33 964	311 446	864 739
und zwar:							
ausländisches Herkunftsland mindestens eines Elternteils in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen	741 277	193 118	249 280	198 666	6 001	94 212	204 667
nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren	458 716	117 280	156 478	120 235	3 447	61 276	123 682
unter 3	364 190	94 218	90 927	160 522	9 373	9 150	169 895
3 – 6	1 951 130	515 234	604 829	558 468	21 177	251 422	579 645
6 – 11	766 873	346 922	254 371	111 433	3 333	50 814	114 766
11 – 14	21 775	14 203	7 079	352	81	60	433

8 Sozialeleistungen
 8.17 Schwerbehinderte Menschen am 31.12.2007 *)
 8.17.1 Nach Art und Ursache der schwersten Behinderung sowie Grad der Behinderung

Art der schwersten Behinderung Ursache der schwersten Behinderung	Insgesamt		Davon mit einem Grad der Behinderung von					
	Anzahl	%	50	60	70	80	90	100
Insgesamt	6 918 172	100	2 093 757	1 119 760	778 112	842 713	359 683	1 724 147
nach der Art der schwersten Behinderung								
Körperliche Behinderungen								
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	73 831	1,1	12 918	8 513	10 764	11 417	7 110	23 109
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	953 675	13,8	310 383	194 241	134 004	114 374	54 927	145 746
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	870 049	12,6	400 350	180 908	105 591	76 168	32 438	74 594
Querschnittlähmung	16 886	0,2	181	182	244	713	376	15 190
Blindheit und Sehbehinderung	348 442	5,0	48 049	27 937	27 352	28 032	22 850	194 222
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen ¹⁾	260 286	3,8	73 488	46 061	38 309	34 606	17 227	50 595
Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellungen u. a.	177 323	2,6	63 996	38 894	16 284	23 557	7 373	27 219
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	1 748 483	25,3	547 452	304 573	200 514	237 567	93 811	364 566
Zusammen	4 448 975	64,3	1 456 817	801 309	533 062	526 434	236 112	895 241
Zerebrale Störungen, geistige Behinderungen, seelische Behinderungen								
Hirnorganische Anfälle	159 875	2,3	32 046	20 473	17 179	22 213	9 553	58 411
Hirnorganisches Psychosyndrom, symptomatische Psychosen	464 612	6,7	58 205	40 118	40 781	61 995	31 208	232 305
Störungen der geistigen Entwicklung ²⁾	293 192	4,2	27 657	14 482	16 772	41 648	9 369	183 264
Psychosen (Schizophrenie, affektive Psychosen); Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen	343 385	5,0	150 506	58 040	37 828	40 220	10 390	46 401
Suchtkrankheiten	49 280	0,7	15 171	10 187	7 446	6 750	2 324	7 402
Zusammen	1 310 344	18,9	283 585	143 300	120 006	172 826	62 844	527 783
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen								
Zusammen	1 158 853	16,8	353 355	175 151	125 044	143 453	60 727	301 123
nach der Ursache der schwersten Behinderung								
Angeborene Behinderung	306 641	4,4	38 760	20 008	18 930	37 576	10 084	181 283
Allgemeine Krankheit ³⁾	5 696 509	82,3	1 779 789	952 590	650 021	689 567	297 573	1 326 969
Arbeitsunfall ⁴⁾ , Berufskrankheit	74 965	1,1	27 187	14 820	9 991	7 847	3 584	11 536
Verkehrsunfall	40 873	0,6	11 533	6 328	5 114	5 375	2 067	10 456
Häuslicher Unfall	8 007	0,1	2 964	1 358	833	786	284	1 782
Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	27 626	0,4	9 495	4 464	3 292	2 906	1 222	6 247
Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung	76 989	1,1	14 970	10 745	10 619	10 981	6 898	22 776
Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen	686 562	9,9	209 059	109 447	79 312	87 675	37 971	163 098

*) Mit gültigem Schwerbehindertenausweis. – Siehe hierzu auch »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

¹⁾ Ohne Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

²⁾ Einschl. Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

³⁾ Einschl. Impfschäden.

⁴⁾ Einschl. Wege- und Betriebswegunfällen.

8.17.2 Nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	Quote ¹⁾	Anzahl	Quote ¹⁾	Anzahl	Quote ¹⁾
unter 4	14 297	1	7 998	1	6 299	0
4 – 6	14 002	1	8 200	1	5 802	1
6 – 15	91 928	1	54 328	1	37 600	1
15 – 18	39 918	1	23 425	2	16 493	1
18 – 25	117 157	2	68 096	2	49 061	1
25 – 35	200 510	2	112 836	2	87 674	2
35 – 45	447 270	3	237 688	4	209 582	3
45 – 55	826 264	7	433 010	7	393 254	6
55 – 60	650 827	12	351 970	13	298 857	11
60 – 62	286 327	17	162 174	19	124 153	15
62 – 65	473 602	19	274 414	22	199 188	15
65 – 70	952 505	18	562 071	22	390 434	14
70 – 75	838 865	20	465 607	24	373 258	16
75 – 80	742 794	24	375 150	29	367 644	21
80 und mehr	1 221 906	31	450 283	38	771 623	28
Insgesamt	6 918 172	8	3 587 250	9	3 330 922	8

*) Mit gültigem Schwerbehindertenausweis. – Siehe hierzu auch »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

¹⁾ Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerung (Stand: 31.12.2007) in %.

8 Sozialeleistungen
 8.18 Wohngeld
 8.18.1 Empfängerhaushalte am 31.12.2007 nach Ländern

Land	Reine Wohngeldhaushalte				Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten
	insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten	Mietzuschuss	Lastenzuschuss	
	1 000	%	1 000		
Deutschland	580,3	1,5	517,7	62,6	26,1
Baden-Württemberg	57,3	1,2	52,8	4,5	1,5
Bayern	54,1	0,9	49,2	4,8	1,3
Berlin	23,9	1,2	23,5	0,4	1,0
Bremen	5,7	1,6	5,2	0,5	0,2
Hamburg	12,6	1,3	12,3	0,3	0,7
Hessen	28,8	1,0	26,3	2,4	1,4
Niedersachsen	54,9	1,4	43,9	11,0	4,1
Nordrhein-Westfalen	126,7	1,5	114,7	11,9	7,7
Rheinland-Pfalz	23,5	1,2	19,5	4,0	0,7
Saarland	5,3	1,1	4,4	0,8	0,1
Schleswig-Holstein	26,7	2,0	22,5	4,2	0,7
Früheres Bundesgebiet mit Berlin	419,3	1,3	374,5	44,9	19,5
Brandenburg	25,0	2,0	22,0	2,9	1,0
Mecklenburg-Vorpommern	27,5	3,2	24,0	3,4	1,1
Sachsen	64,0	2,9	58,1	5,9	2,4
Sachsen-Anhalt	19,1	1,6	17,1	2,0	0,9
Thüringen	25,5	2,2	22,0	3,5	1,2
Neue Länder ohne Berlin	161,0	2,4	143,2	17,8	6,6

8.18.2 Empfängerhaushalte am 31.12.2007 nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung des Antragstellers bzw. der Antragstellerin

Haushaltsgröße	Reine Wohngeldhaushalte										Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Misch- haushalten
	zusammen	Erwerbstätige				Arbeits- lose	Nichterwerbspersonen				
		Selbst- ständige	Beamte/ Beamtinnen	Ange- stellte	Arbeiter/ -innen		Rentner/ -innen	Pensionäre/ -innen	Stu- dierende	sonstige	
	1 000										
Insgesamt	580,3	15,2	1,1	69,4	131,8	38,3	274,0	0,3	21,1	29,2	26,1
davon: Haushalte											
von Alleinstehenden	315,0	4,1	0,4	16,3	19,3	17,8	234,6	0,2	14,1	8,3	20,0
mit 2 Familienmitgliedern	80,6	2,8	0,1	17,2	13,9	6,6	29,4	0,0	4,5	6,2	4,1
mit 3 Familienmitgliedern	49,0	2,6	0,2	13,6	15,4	4,4	5,0	0,0	1,8	6,0	1,0
mit 4 Familienmitgliedern	69,0	3,0	0,2	12,7	38,5	5,7	3,0	0,1	0,6	5,2	0,5
mit 5 Familienmitgliedern	40,8	1,5	0,1	6,1	26,8	2,6	1,2	0,0	0,1	2,3	0,3
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	25,9	1,2	0,1	3,5	17,9	1,2	0,8	0,0	0,0	1,2	0,2

8.18.3 Gezahltes Wohngeld 2007 nach Ländern *)

Land	Wohngeld insgesamt	Davon	
		Mietzuschuss	Lastenzuschuss
	1 000 EUR		
Deutschland	923 929	822 155	101 774
Baden-Württemberg	109 805	101 846	7 960
Bayern	95 642	88 551	7 091
Berlin	37 839	37 460	378
Bremen	7 055	6 123	932
Hamburg	16 802	16 232	570
Hessen	58 271	53 254	5 017
Niedersachsen	90 560	70 475	20 084
Nordrhein-Westfalen	202 971	180 531	22 440
Rheinland-Pfalz	40 784	34 778	6 006
Saarland	7 716	6 638	1 078
Schleswig-Holstein	38 336	32 523	5 812
Früheres Bundesgebiet mit Berlin	705 779	628 411	77 368
Brandenburg	35 673	31 528	4 145
Mecklenburg-Vorpommern	28 535	24 012	4 523
Sachsen	101 128	91 738	9 390
Sachsen-Anhalt	20 718	19 029	1 689
Thüringen	32 096	27 436	4 660
Neue Länder ohne Berlin	218 150	193 744	24 406

*) Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen, einschl. wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten.

8 Sozialeleistungen
8.19 Lastenausgleich *)
8.19.1 Zuerkennung und Erfüllung der Hauptentschädigung bis zum 31.12.2008

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Insgesamt	Vertreibungs- schäden	Kriegssach- schäden	Ostschäden	Schäden im Sinne des BFG ¹⁾	Reparations- schäden
Ansprüche auf Hauptentschädigung							
Zuerkannt	Anzahl	5 521 122	3 618 880	1 223 514	78 445	522 980	77 303
Vollerfüllt	Anzahl	5 508 295	3 609 786	1 221 754	78 370	521 187	77 198
Nicht oder erst teilweise erfüllt	Anzahl	12 827	9 094	1 760	75	1 793	105
dar. durch Kriegsschadenrente vorläufig in							
Anspruch genommen ²⁾	Anzahl	–	–	–	–	–	–
Grundbeträge der Hauptentschädigung							
Zuerkannt	Mill. EUR	12 827	8 607	2 061	92	1 902	165
Erfüllt	Mill. EUR	12 814	8 600	2 060	92	1 897	165
Nicht erfüllt	Mill. EUR	13	7	1	0	5	0
dar. durch Kriegsschadenrente vorläufig in							
Anspruch genommen ²⁾	Mill. EUR	–	–	–	–	–	–
Erfüllungsbeträge der Hauptentschädigung							
Barerfüllung ³⁾	Mill. EUR	12 174	6 942	1 954	107	2 871	300
Grundbeträge	Mill. EUR	7 318	4 101	1 297	67	1 695	158
Zinszuschläge ⁴⁾	Mill. EUR	4 856	2 841	657	40	1 176	142
Begründung von Forderungen	Mill. EUR	2 065	1 594	449	22	–	–
Grundbeträge	Mill. EUR	1 723	1 321	384	18	–	–
Zinszuschläge	Mill. EUR	342	273	65	4	–	–
Umwandlung von Darlehen ⁵⁾	Mill. EUR	1 203	887	246	3	64	3
Grundbeträge	Mill. EUR	920	672	207	2	37	2
Zinszuschläge	Mill. EUR	283	215	39	1	27	1
Anrechnung von Kriegsschadenrente ²⁾	Mill. EUR	3 743	3 255	225	7	249	7
Grundbeträge	Mill. EUR	2 853	2 506	172	5	165	5
Zinszuschläge	Mill. EUR	890	749	53	2	84	2
Hauptentschädigung insgesamt	Mill. EUR	19 185	12 678	2 874	139	3 184	310
Grundbeträge	Mill. EUR	12 814	8 600	2 060	92	1 897	165
Zinszuschläge	Mill. EUR	6 371	4 078	814	47	1 287	145

*) Früheres Bundesgebiet.

1) Vermögensschäden in Mitteldeutschland, in der späteren sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im Sowjetsektor von Berlin sowie in dem Gebiet der ehem. DDR, die nach § 15a Lastenausgleichsgesetz (LAG) entschädigt werden.

2) Einschl. laufender Beihilfen.

3) Einschl. Erfüllung durch Verrechnung.

4) Einschl. vorweg erfüllter Mindesterfüllungsbeträge an Empfänger/-innen laufender Kriegsschadenrente, für die kein gesonderter Nachweis vorhanden ist.

5) Einschl. sonstiger Maßnahmen.

6) Empfänger/-innen (ohne zuschlagsberechtigte Ehegatten und Kinder) nachstehender Leistungsarten: Unterhaltshilfe, Entschädigungsrente, Beihilfe zum Lebensunterhalt, besondere laufende Beihilfe, Unterhaltsbeihilfe. Berechtigte, die mehrere dieser Leistungsarten gleichzeitig empfangen, sind nur einmal erfasst.

7) Inhaber/-innen des Flüchtlingsausweises C, einschl. übriger Geschädigter im Sinne der Zweiten Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz (2. Leistungs-DV-LA).

8) Berechtigte nach dem Flüchtlingshilfegesetz (FlüHG), § 10 des Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (14. ÄndG LAG), Reparationsschädengesetz (RepG), § 301 b Lastenausgleichsgesetz (LAG) und ohne Angabe.

9) Ein neues, vereinfachtes EDV-Verfahren macht die Unterscheidung nach Geschädigtengruppen nicht mehr möglich.

Quelle: Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H.

8.19.2 Empfänger und Empfängerinnen von Kriegsschadenrente und laufenden Beihilfen

Empfänger/Empfängerinnen (Berechtigte) ⁶⁾	1. 1.								
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁷⁾	2008 ⁷⁾	2009 ⁷⁾
Vertriebene	27 009	23 422	20 161	17 315	14 932	12 790	.	.	.
Kriegssachgeschädigte	399	316	266	217	176	140	.	.	.
Währungs-/Ostgeschädigte	334	284	234	204	166	135	.	.	.
Flüchtlinge ⁷⁾	1 455	1 251	1 078	893	772	651	.	.	.
Sonstige Geschädigte ⁸⁾	651	551	466	402	341	283	.	.	.
Insgesamt	29 848	25 824	22 205	19 031	16 387	13 999	12 154	10 403	8 877

Fußnoten siehe am Anfang der Tabelle.

Quelle: Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H.

Publikationen

Aktuelle Beiträge in »Wirtschaft und Statistik«	Heft
Leistungen der Jugendhilfe für junge Volljährige	4/04
Neue Statistiken zur Kindertagesbetreuung	2/06
Statistik der erzieherischen Hilfe neu konzipiert	10/06
Lebenslagen der behinderten Menschen (Ergebnis des Mikrozensus 2005) .	12/06
Behinderung und Einkommen (Ergebnis des Mikrozensus 2005)	2/07
Schwerbehinderte Menschen 2005	7/07
Wohngeld in Deutschland 2007	11/08
Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2007	01/09

Fachserie 13: Sozialeleistungen

Altersvorsorge und vermögenswirksame Leistungen	Reihe
(Ergebnisse des Mikrozensus)	1 (j)
Sozialhilfe	2 (j)
Wohngeld	4 (j)
Schwerbehinderte Menschen	5 (2j)
Jugendhilfe	6 (j, 4-5j)
Leistungen an Asylbewerber	7 (j)

Aktuelle Beiträge im »STATmagazin«¹⁾

	Erschienen:
Elterngeld – eine erste Bilanz	10/08
Pflegebedürftige heute und in Zukunft	11/08
Soziale Mindestsicherung in Deutschland	12/08
Armutsgefährdung in den Bundesländern	06/09

Thematische Veröffentlichungen

Unter www.destatis.de (Publikationen, Fachveröffentlichungen, Sozialeleistungen) stehen Ihnen zu den Statistiken der

- Jugendhilfe
- Pflege
- Sozialhilfe
- Schwerbehinderten Menschen
- Kriegsopferfürsorge

(Kurz-) Berichte, Broschüren und Faltblätter zum kostenlosen Download zur Verfügung.

¹⁾ Das »STATmagazin« finden Sie auf unserer Homepage unter www.destatis.de

Auskünfte

Für Informationen zu den Themen dieses Kapitels stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter den jeweiligen Telefonnummern und E-Mail-Adressen zur Verfügung:

Sozialeleistungen

Kinder- und Jugendhilfestatistiken, Erziehungsgeld, Elterngeld, Kindergeld und Unterhaltsvorschuss

Telefon: 06 11 / 75 – 81 67
E-Mail: jugendhilfe@destatis.de

Pflege, Schwerbehinderte Menschen, Lastenausgleich, Kriegsopferfürsorge, Rente, Sonstige öffentliche Sozialeleistungen

Telefon: 06 11 / 75 – 89 56
E-Mail: pflege@destatis.de
E-Mail: schwerbehinderte@destatis.de
E-Mail: sozialleistungen@destatis.de

Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen, Wohngeld, Sozialberichterstattung

Telefon: 06 11 / 75 – 89 53
E-Mail: sozialhilfe@destatis.de

Weitere Daten und Informationen zu wichtigen Armuts- und Sozialindikatoren auf Ebene des Bundes und der Länder finden Sie im Web-Auftritt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, welcher im Rahmen des Projekts »Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik« entwickelt wurde (www.amtliche-sozialberichterstattung.de). Dort ist auch der Bericht »Soziale Mindestsicherung in Deutschland« erhältlich, der eine Gesamtschau über die Transferleistungen der staatlichen Mindestsicherungssysteme bietet.

Weitere Details zu unserem Informationsangebot können Sie den Ausführungen auf Seite 10 f. oder unserer Homepage unter www.destatis.de entnehmen.